

ZUM MITNEHMEN!
KOSTENLOS & KEINESFALLS UMSONST

KIEZ STATT KIES

RandNotizen

Stadtteilzeitung aus dem Norden Neuköllns

Elfte Ausgabe | 10/2014

Inhalt

- 03 :: Vorwort / Preface**
- 04 :: Die Signalwirkung einer Niederlage**
Auswertung der Volksabstimmung 100% Tempelhof
- 07 :: Initiative neuer kommunaler Wohnungsbau**
- 08 :: Berlin kann Olympia? Olympia kann mich mal!**
Der Senat will die Olympischen und Paralympischen Spiele in die Stadt holen
- 11 :: Leerstand und Wohnraumvernichtung in der Weisestraße 47**
- 12 :: Bürokratische Ablenkungsmanöver**
Die Genehmigung eines Straßenfestes in Berlin
- 13 :: Kurz und knackig**
- 16 :: AntifaschistInnen im Schillerkiez (1933 – 1945)**
- 22 :: 90 Jahre Stadt und Land,
ein Grund zum feiern für die Mieter?**
- 24 :: Bezahlbarer Wohnraum statt Leben auf der Straße**
Recht auf Wohnen für Psychatriebetroffene
- 26 :: Stille Wohnungsbesetzungen in der DDR**
- 29 :: „Hier soll`s ja auch nicht zu gemütlich werden“**
Ein Interview zum Obdachlosenheim Teupe
- 32 :: Das Geschäft mit der Wohnungsnot**
Ein Streifzug durch Neukölln
- 34 :: „Wenn das Geld nach 4 Wochen nicht mehr für die Miete langt, musst du jeden noch so schlecht bezahlten Job annehmen.“**
Ein Interview zum Thema Arbeitsmigration

Vorwort

Nachdem mit dem Volksentscheid zu Tempelhof der kurze Sommer der Anarchie ausgerufen wurde, sind alle wieder zum Alltag übergegangen und der heißt Bauen, Bauen. Dazu gibt es einen Vorschlag von der Initiative neuer kommunaler Wohnungsbau, wie es auch anders gehen kann. Stadt & Land hat seinen 90 Geburtstag gefeiert, der Kuchen blieb für alle Mieter_Innen leider aus. Wie Wohnen auch aussieht, zeigt das Interview mit Obdachlosen aus der Teupe. Immer noch Leerstand in der Weisestr. 47, der Bezirk hat kein Personal um was zu tun. Dass es so nicht bleiben muss, daran erinnert der Bericht zu den Wohnungsbesetzungen in der ehemaligen DDR. Nach Tempelhof wird schon das nächste Spektakel „Olympia“ an den Start gebracht. Dabei fehlt es an allen Ecken, wie dem Flugblatt „Recht auf Wohnen für Psychiatriebetroffene“ zu entnehmen ist. Dass sich mit dem Elend der Menschen Geld verdienen lässt, zeigt sich an den vielen Beratungsstellen in Neukölln. Wie es mit der Bürgerbeteiligung ist, zeigt sich an den Knüppeln, die die Verwaltung des Bezirks dem Straßenfest in der Weisestraße zwischen die Beine geworfen hat. Nicht vergessen werden soll die beliebte Rubrik Kurz und Knackig aus Neukölln. Eine neue Gruppe kämpft gegen die Probleme und Alltagsbedingungen der Neuberliner_innen im Arbeitsbereich. Sie nennt sich ‚gas‘, „grupo de acción sindical“, auf deutsch „Gruppe gewerkschaftlicher Aktionen“, mit 2 Aktivisten sprachen wir. Erinnern wollen wir noch an den vielfältigen Antifaschistischen Widerstand im Schillerkiez. So hoffen wir auf weiter aufregende Zeiten in Neukölln. In diesem Sinne

Wer Informationen, Texte oder Übersetzungen für die RandNotizen beisteuern mag, ist jederzeit willkommen. Wir bedanken uns für alle eingebrachten Artikel und wünschen viel Spaß beim Lesen.

Eure RandNotizen

Über uns: Die Nordneuköllner Stadtteilzeitung RandNotizen existiert bereits seit März 2010. In mittlerweile elf Ausgaben haben wir versucht Themen wie gesellschaftliche Ausgrenzung, Verdrängung und die unsoziale Stadtpolitik aus emanzipatorischer Perspektive zu kritisieren. Wir berichten über Proteste und wollen dazu ermuntern, sich nicht alles gefallen zu lassen.

Erreichen könnt ihr uns unter nk44.blogspot.de oder smashtaskforce@freenet.de

V.i.S.d.P. Frida Kahlo, Weisestr. 47 12049 Berlin

Preface

After a short summer of anarchy that took place after the referendum on the future of Tempelhof, everyone has returned to every-day life, which means building, building, building. The initiative „new communal housing“ has a suggestion on how this can work. Stadt & Land celebrated their 90th birthday, however they did not save any of the cake for their tenants. What living can also look like is captured in an interview with homeless from Teupe. Weisestr. 47 is still empty and the local council does not have enough personnel to do anything about it. That it does not have to stay that way is shown in an article about squatting in the former GDR. After Tempelhof, the next spectacle - „Olympia“ - is starting to be realized. Even though there are shortages everywhere, as you will find out in the flyer on the right to live for people subjected to psychiatric care. That it is possible to earn money with other people's misery is reflected in the large number of information centers in Neukölln. What role citizen participation plays is shown in how the local council made it almost impossible for the Weise Street Festival to take place. The column „Short and Concise from Neukölln“ is not forgotten. A new group is fighting against the daily conditions and problems of new berliners in the area of work. This group calls itself „gas“, „grupo de acción sindical“, in English: „group of union actions“. We talked to two activists from this group. We would also like to remind you of the diverse kinds of antifascist resistance in the Schillerkiez. We are hoping for more exciting times in Neukölln. On this note

Anyone who would like to contribute information, texts or translations for RandNotizen is always welcome. We would like to especially thank the translators and all those who contributed articles. We wish you all the best while you read!

Your RandNotizen crew

You can reach us via nk44.blogspot.de or smashtaskforce@freenet.de

Die Signalwirkung einer Niederlage

Auswertung der Volksabstimmung 100% Tempelhof

„Die menschliche Dummheit ist unendlich“, erklärte der gekränkte Neuköllner Bürgermeister Heinz Buschkowsky am Tag danach in der Bild-Zeitung. Dieses Mal pöbelte er ausnahmsweise nicht gegen Minderheiten, sondern gegen einen Großteil der Wähler*innen Berlins. Ein anderer Berliner SPD-Funktionär, Stadtentwicklungssenator Müller, ließ im Tagesspiegel resigniert vernehmen: „Wir müssen alle mit den Folgen [des Entscheids, die Red.] leben“. Als wäre eine Umweltkatastrophe über die Stadt hereingebrochen.

Wenn zwei sonst so selbstbewusst und kämpferisch auftretende Berliner Sozialdemokraten derart an der Wand stehen, dass ihnen außer Beleidigungen oder Untergangsstimmung nichts mehr einfällt, dann muss der Initiative „100% Tempelhof“ ein herzliches Dankeschön übersandt werden. Auch das sich „pluralistisch“ nennende Magazin Cicero hatte keine andere Analyse zu bieten als „Berliner Faulheit siegt über Sachverstand“ zu titeln. Was war geschehen?

Der Berliner Senat hatte eine klare Niederlage hinnehmen müssen. Am 25. Mai 2014 stimmten 64,3% der Abstimmenden (absolut: 739.124 Menschen) für den Gesetzentwurf der Initiative „100% Tempelhof“, der eine Nutzung des Tempelhofer Feldes ausschließlich als Park vorsieht. Knapp 30 % der Abstimmungsberechtigten haben damit eindeutig gegen die Bebauungspläne des regierenden Senats gestimmt. Zum Vergleich: Bei der letzten Abgeordnetenhauswahl hatten gerade einmal 17 % der Abstimmungsberechtigten für den „Wahlsieger“ SPD gestimmt.

Dieses deutliche Ergebnis war für viele überraschend. Denn lange sah es so aus, dass der Senat mit dessen professioneller Öffentlichkeits- und Pressearbeit, mit herbeigezauberten Expert*innen oder Studien, durch Bündnisse mit Gewerkschaften, Wirtschafts- und anderen Lobbyverbänden, der überschaubaren Initiative „100% Tempelhof“ wenig Chancen lassen würde. Neben dieser Übermacht an Kontakten, Medienpräsenz und Ressourcen hatte der Senat verschiedene Strategien gefahren: Die Initiative wurde wahlweise ignoriert, als unsachlich-träumerisch und unfair dargestellt, es wurde die Strategie des

Teilens und Herrschens angewandt und durch die Parole „100% Berlin statt 100% Stillstand“ drastisch polarisiert.

Strategie des arroganten Ignorierens

Das Berliner Establishment – von Zeitungsredaktionen, über Investor*innen bis zu den Senatspolitiker*innen – wollte lange nicht wahr haben, dass ihnen da ein Strich durch die Rechnung gemacht werden könnte. Ob das Tempelhofer Feld bebaut werden sollte, stand aus ihrer Sicht nicht zur Debatte, allein das „Wie?“ wurde abgewogen, z.B. in Form von Architekturwettbewerben für die Zentral- und Landesbibliothek (ZLB). Noch drei Tage vor dem Fristende für das Einreichen der Unterschriften für das Volksbegehren erklärte Senator Müller frech, „an einen spektakulären Ort“ gehöre ein „spektakulärer Bau“, womit er laut Berliner Zeitung Partei für den Entwurf der Stuttgarter Architekt*innen Regina Kohlmayer und Jens Oberst ergriff.

Im Frühjahr wurden dann überall Bauzäune aufgestellt und es wurde mitgeteilt, bald werde das mit 12 Millionen Euro veranschlagte „Wasserbecken“ gebaut. Der Senat wollte souverän wirken, sich nicht beirren lassen, handelte dann aber allzu überschwänglich, sodass der BUND Verfahrensfehler bei der Bauplanung geltend machen konnte und einen Baustopp erzwirkte. Auch beim Biergarten in Nähe des Friedhofs am Columbiadamm hatte die „Grün Berlin GmbH“ den vorherigen Betreiber*innen gekündigt, da ein Abriss und Neubau der Gebäude vorgesehen war. Vermutlich hatte es schon Zusagen an befreundete Unternehmen gegeben. Auch die Gärten und Zwischennutzungsprojekte auf Tempelhofer Seite waren allesamt gekündigt und abgeräumt worden. Denn hier sollte u.a. die ZLB entstehen.

Der Senat handelte nach dem Motto: „unser Weg ist alternativlos, wir sind die Macher*innen, der Bürger*innenwille wird sich uns schon unterordnen, wir machen so oder so weiter!“ Das Ignorieren der Initiative sollte die Wichtigkeit des Volksentscheids herabstufen, so dass am Ende das notwendige Quorum (25% der Abstimmungsberechtigten) mangels Beteiligung nicht erreicht werden würde.

Strategie der Zuspitzung

Wer die eigenen Ideen als „Masterplan“ bezeichnet und das Volksbegehren, für welches im Januar immerhin 237 063 Unterschriften (davon laut Landeswahlleitung 185 328 gültige) eingereicht worden waren, als „100% Stillstand“ diffamiert, will es wissen. Zu jenem Zeitpunkt hätte der Senat moderate und versöhnliche Wege vorschlagen können, wie z.B. konkrete Zusagen bezüglich sozialer Stadtentwicklung zu machen oder den damals geplanten Protzbau der ZLB aus der Planung zu nehmen. Darauf verzichtete der Senat und blieb bei dessen Masterplan, setzte selbstgerecht das Motto „100% Berlin statt 100% Stillstand“ in die Welt, und verkündete, es gehe um nicht weniger als dass Berlin „offen bleibt für Veränderungen“. Damit wurde die Bürger*innen-Initiative als Gruppe ideenlos-konservativer Blockierer*innen dargestellt, die keine Visionen hätten außer „gegen jede Entwicklung“ zu sein – im Gegensatz zum ach so jung-dynamischen Senat mit dessen „arm, aber sexy“-Vorschlägen.

Wer aber derart polarisiert, riskiert, dass die Menschen sich für den Gegenpol entscheiden und die Niederlage dadurch noch größer wird. Hätte der Senat die Initiative als Privatisierungsgegner*innen, Bebauungskritiker*innen, etc. bezeichnet, statt sie unsachlich zu pauschalisieren, hätte am Ende eben nicht „100 % Stillstand“ gewonnen, sondern eine Bürger*innen-Initiative bestehend aus vielen Einzelinteressen. Die Pauschalisierung des Senats hat entsprechend zu einer pauschalen Niederlage geführt.

Strategie des Teilens und Herrschens

Etwas nervös schienen die vielen gesammelten Unterschriften Senator Müller und seine Senats-Clique dennoch zu machen. So wurde zu einer alten Herrschaftstechnik gegriffen, der des Teilens und Herrschens. Gebetsmühlenartig wiederholten Senatsvertreter*innen und andere Bau- oder Wachstumslobbyist*innen, dass diejenigen, die für „100% Tempelhof“ unterschrieben hatten, dies aus niederen Motiven, insbesondere Egoismus getan hätten. Das gesamtgesellschaftliche Interesse sei nämlich, dass gebaut werde, dass privatisiert werde, usw., weil Neubau ja den Wohnungsmarkt entlaste und damit „allen“ diene. Die Unterstützer*innen der Initiative seien gegen die Bebauung, Privatisierung und Kommerzialisierung eben nur, weil es in deren Nachbarschaft passiere. Würden sie woanders wohnen, wären sie selbstverständlich für eine Bebauung. Der Senat versuchte zu spalten: In böse, niederträchtige Nutzer*innen des Felds einerseits und die Wähler*innen, die aus edlen Motiven ihr Kreuz für die kapitalistische Entwicklung der Freifläche machen sollten andererseits. Nutzer*innen und

Anwohner*innen wurden damit quasi aufgegeben und es wurde darauf gesetzt, dass Menschen, die das Feld nicht nutzten, erstere überstimmen sollten. Eine riskante Kampfabstimmung, die auf der Überzeugung beruhte, dass eine „vernünftige“ Mehrheit der Wähler*innen den neoliberal-kapitalistischen Wachstumswahn als alternativen Weg auch bezüglich der Stadtentwicklung betrachtet.

Dass Menschen dem Klüngel aus Hofpresse, Politiker*innen, Lobbyverbänden und Immobilienwirtschaft nicht ihr Vertrauen schenken, darauf kam der Senat nicht. Dass Menschen lieber ein Feld für ihre Erholung wollen als das immer gleiche Menü der kapitalistischen Zerbauung ihrer Lebenswelt – damit rechneten sie nicht. Als Profiteur*innen dieser Entwicklungen (schließlich haben sie ja alle wohldotierte Positionen in dieser Stadt) ist diesem Klüngel offenbar die Fähigkeit abhanden gekommen, sich in die Betroffenen ihrer Politik hineinzuversetzen.

Am Ende versagte auch diese Strategie des Teilens und Herrschens: In allen Berliner Bezirken hatten die Leute ihre Stimmen mehrheitlich gegen den Senat und für die Initiative abgegeben.

Strategie der Schmutzkampagne

Alle Politiker*innen in diesem Land, die es auf eine relevante Position geschafft haben, mussten dafür – besonders in Wahlkampfzeiten – auf die Tugenden der Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit verzichten. Wie versprochen, so gebrochen – in jedem informellen Lehrbuch für eine Karriere im Politikbetrieb gilt diese Grundregel. Insofern muss eigentlich nicht viel dazu gesagt werden, wenn Politiker*innen einer Bürgerinitiative vorwerfen, sie würde lügen und ein Wasserbecken ganz unmanierlich als „Designbecken“ diffamieren. Hier sprach der Politiker (Senator Müller) auf dem angesägten Stuhl, der den Bürger*innen das Recht absprechen wollte, so zu handeln, wie es im Herrschaftsbetrieb selbstverständlich ist: Mit Übertreibungen, gedehnten Wahrheitsbegriffen, etc. Dass die Initiative es dabei niemals so frech trieb wie die Professionellen des Senats, fiel dem Funktionär gar nicht auf. Die Senatskampagne hatte z.B. behauptet (vgl. auch letzte Randnotizen), „eine behutsame und soziale Stadtentwicklung für nachfolgende Generationen [sei] nicht mehr möglich“, sollte „100% Tempelhof“ erfolgreich sein. Damit verdrehte der Senator auf diffamierende Art und Weise die Tatsachen, indem er der Initiative als unsozial brandmarkte. Wer im Glashauss sitzt, sollte eigentlich nicht mit Steinen werfen – die Berliner Politik tat es trotzdem und verlor auch mit dieser Strategie.

Und gegen wen hatte der Senat da nun verloren?

Gewonnen haben vor allem eine vielseitige Bürger*innen-Initiative und deren Unterstützer*innen, deren Ziele und Strategien sehr weit auseinander gehen. Einigen geht es mehr ums Soziale, andere wollten dem Senat eine Niederlage verpassen. Einigen geht es um eigene politische Karrieren (wenn sie z.B. parallel in Parteien aktiv sind), anderen um den Umweltschutz. Einigen geht es um die Störung des Investitionsklimas und Sand im Getriebe der kapitalistischen Stadt, anderen um mehr Partizipation oder Grill- und Sportmöglichkeiten. Der Volksentscheid hat diese verschiedenen Menschen zusammengebracht. Wie es aber weitergeht, ist unklar. Im Sommer 2015 soll ein „Pflege- und Entwicklungsplan“ im Sinne des Volksentscheids vorgestellt werden, an dem einige aus der Kampagne teilnehmen, Koordinator ist der BUND-Chef Heuser.

Der Senat wird sich in Schadensbegrenzung versuchen. Er wird Berlin weiter als jung und hipsterig vermarkten, und dafür lässt sich Tempelhof auch unbebaut (mit diversen kommerziellen Zwischennutzungen) gut vereinnahmen. Die Diskussion geht also weiter und es ist zu hoffen, dass sie weiter kritisch und aktionistisch-demonstrativ begleitet wird. Ohnehin: Probleme der steigenden Mieten und der kapitalistischen Standortpolitik sind zwar im Rahmen des Entscheids diskutiert worden, die Politik hält aber sturköpfig an ihrer antisozialen Stadtentwicklung fest, was am Beispiel der angestrebten Olympiabewerbung mehr als deutlich wird.

Dennoch ist das Ergebnis des Volksentscheids als klarer Punktsieg einer alternativen Stadtpolitik von unten zu verstehen, denn der Entscheid zu Tempelhof fußt auf einer Reihe von Kampagnen, Aktionstagen, Kämpfen und Initiativen rund um das Tempelhofer Feld. Zu erwähnen sind hier etwa die Aktionstage zur Besetzung „Have You Ever Squatted an Airport“ oder die Initiative „Tempelhof für Alle!“ in den Jahren 2008 und 2009. Denn damals wollte der Senat noch nicht mal temporär eine Parknutzung zulassen und wurde erst durch die Kampagne und massiven zivilen Ungehorsam mehrerer

tausend Teilnehmer*innen zur Öffnung des Areals gedrängt. Ein Stadtplaner auf Senatsseite gab im Tagesspiegel direkt zu, dass die so erkämpfte frühe Öffnung des Feldes den Ausschlag für den erfolgreichen Volksentscheid einige Jahre später gegeben hat. Denn nur so hätten die Menschen das Feld kennen und lieben gelernt, was aus der Perspektive der Bebauungs- und Verwertungsinteressen eben ein Fehler gewesen sei. Stadtpolitische Initiativen haben darüber hinaus immer wieder deutlich gemacht, welche Verantwortung der Senat selbst für Verdrängung und Gentrifizierung hat. So war der Senat mit seiner Behauptung, eine Bebauung des Feldes würde gegen steigende Mieten helfen, nie glaubwürdig. Immer wieder konnte hier interveniert werden. Bei einer Podiumsdiskussion in der Urania zweieinhalb Wochen vor dem Entscheid verzichtete Senator Müller gar auf seine Ansprache, nachdem Aktivist*innen die Bühne übernommen hatten, um den Senator auf seine konkrete Verantwortung bei einer Zwangsräumung bei einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft hinzuweisen.

Die Erfahrung, dass verschiedene Kampagnen und viele kleine Kiezinitiativen am Ende ihren Teil dazu beigetragen haben, dass ein kapitalistisches Großprojekt vorerst gestoppt werden konnte, stimmt optimistisch. Denn es wurde hier nicht nur dem Senat das Misstrauen ausgesprochen, sondern generell eine Absage an den Klüngel aus Profit- und Machtprinzipien gemacht, an die arrogante Politik von oben, an die vermeintliche Alternativlosigkeit des „Immer-mehr-Bauens“, Privatisierens, etc. Möglicherweise gelingt es diesen verschiedenen Initiativen an anderer Stelle, offensiv auch andere Konzepte wie z.B. Basisdemokratie, Solidarität, Selbstverwaltung oder kollektive Ökonomie einzufordern, und dabei erneut so viele Menschen von einer Idee zu überzeugen wie im Fall des Tempelhofer Feldes. Warum eigentlich nicht?



Initiative neuer kommunaler Wohnungsbau

Berlin hat ein Wohnungsproblem. Nach mehreren Jahren politischer Auseinandersetzung ist das auch bei den politischen Parteien angekommen. Das war dann aber auch schon alles. Denn viel Mühe, dieses Problem im Sinne der Bevölkerung zu lösen, hat sich der Berliner Senat bisher nicht gemacht. Die „Initiative neuer kommunaler Wohnungsbau“ (INKW) hat ein Konzept entwickelt, mit dem, ihrer Meinung nach, dieses Problem gelöst werden könne.

In Berlin wird es eng: 120 000 neue Berliner_innen zwischen 2009 und 2013. Immer mehr Single-Wohnungen und damit mehr Flächenkonsum pro Einwohner_in. Es braucht also neue Wohnungen und da der einstige Leerstand für die Deckung der Wohnungsnachfrage nicht ausreicht muss gebaut werden. So weit, so logisch. Das Problem ist allerdings, das wir in einem Wirtschaftssystem leben, das sich Kapitalismus schimpft und auf den Grundsätzen Gewinn und Konkurrenz aufgebaut ist. Das hat auch die INKW erkannt. In ihrem Grundsatzpapier schreiben sie:

„In einer marktwirtschaftlichen Wohnungsversorgung besteht ein strukturelles Missverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage bei niedrigpreisigen Wohnungen. Als Ursachen lassen sich mehrere Konflikte benennen: Erstens ist Wohnen ein Grundbedürfnis. Somit zählen Wohnungen zu nicht substituierbaren Gütern – es ist kein Konsumverzicht möglich. Andererseits ist Wohnraum eine Kapitalanlage und wird marktwirtschaftlich als Ware gehandelt. Zweitens bleibt gegenüber steigender Nachfrage nach Wohnungen der Boden nicht vermehrbar. Drittens sind Wohnungen immobil, Menschen hingegen mobil. Viertens ist die Produktion von Wohnungen träge und kapitalintensiv. Dass sich auf einem Wohnungsmarkt ein Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage einstellt, ist auszuschließen.“

Kapitalismus und die Bedürfnisbefriedigung des Wohnens scheinen also zusammen nicht zu funktionieren. Das Groß der neugebauten Wohnungen befindet sich im Luxussegment. Das heißt, die öffentliche Hand müsste Wohnungen bereit stellen. Und obwohl das „Recht auf angemessenen Wohnraum“ sogar in der Verfassung steht, ist in Berlin die Geschichte des öffentlichen sozialen Wohnungsbaus eine mafiöse Subventionierung der Hausbesitzer_innen gewesen, weshalb es neuer Rezepte

bedarf. Nachdem 2001 die Neubauförderung im sozialen Wohnungsbau und 2003 die Anschlussförderung wegfiel, die Mieter_innen mit Mieterhöhungen von teilweise mehreren 100% konfrontiert waren, nachdem ca. 100 000 städtische Wohnungen verkauft und privatisiert wurden, nachdem sechs landeseigenen Wohnungsbau-gesellschaften (WBGs) in privatrechtlicher Form und damit profitorientiert organisiert sind, ist das Vertrauen in den Willen der politischen Parteien, an dem unerträglichen Zustand der Verdrängung und Mietsteigerungen etwas zu ändern, dahin.

Die INKW spricht sich nun dafür aus, dass die verschiedenen WBGs zusammengelegt und in eine Anstalt des öffentlichen Rechts umgewandelt werden. Diese Anstalt soll durch die Mieter_innen und durch das Parlament kontrolliert werden. Auf den landeseigenen Grundstücken sollen dann „architektonisch ansprechende Wohnungen für die verschiedenen Lebensentwürfe einer Großstadt“ (INKW Grundsatzpapier) entstehen. Dabei soll dem kapitalistischen desintegrierendem Modell der Stadtentwicklung widersprochen werden, was bedeutet, dass die Mieten für Menschen mit mittlerem und geringem Einkommen bezahlbar sein müssen. Dass also „eine auf der Grundlage der freien Entscheidung entstehenden Bevölkerungsstruktur“ (INKW Grundsatzpapier) möglich wird.

Eine gute Idee und ein sinnvoller Zwischenschritt auf dem Weg zu einer Gesellschaft, die sich selbst organisiert. Ob allerdings das wirkliche Problem mit dem Wohnungsmarkt fehlende gute Ideen sind, muss bezweifelt werden. Das Problem liegt vielmehr darin, dass einige Menschen einen Haufen Geld mit der Misere der anderen verdienen. Und dieser Widerspruch zwischen denen und uns, lässt sich auch nicht mit einer guten Idee aus der Welt schaffen, sondern nur mit einer starken und kämpfenden Mieter_innenbewegung, die den Immobilienbesitzer_innen und der Politik Feuer unterm Arsch macht.

Internetseite der Initiative:

<http://www.inkw-berlin.de>

Kommentar zu den Vorschlägen:

<http://www.trend.infopartisan.net/trd0914/t270914.html>

Berlin kann Olympia? Olympia kann mich mal!

Während in Brasilien die Polizei Tränengas und Gummigeschosse auf die Gegner_innen der Fussball-WM und der Olympischen Spiele in Rio de Janeiro niedersausen lässt, meldet sich der Berliner Partylöwe Klaus Wowereit mit der grandiosen Idee zu Wort, Berlin solle die Olympischen und Paralympischen Spiele 2024 oder 2028 ausrichten. Ganz nach dem Motto: Wenn ihr unser Tempelhof nicht wollt, dann kriegt ihr halt unser Olympia! Für die meisten klingt dieser Vorstoß nach einer Drohung: Anstatt sich den drängenden Problemen wie der Wohnungsnot zu widmen, soll nun also ein milliardenschweres neues Megaprojekt her. Das wird nicht nur die Verschuldung, sondern auch die Lebenskosten in der Stadt dauerhaft erhöhen. „Berlin kann Olympia“, meint der Kraftprotz Henkel. Ob Berlin, bzw. die Bevölkerung dieser Stadt Olympia überhaupt will, wurde bisher nicht gefragt.

Olympia ist ein Geschäft

Olympia ist eine Geldmaschine für private Unternehmen und das Internationale Olympische Komitee (IOC). Für die ausrichtenden Städte ist es ein Milliardengrab. Der Host-City-Vertrag, den jede Ausrichterstadt mit dem IOC unterschreiben muss, ist berüchtigt und gefürchtet. Die mittlerweile erfolgreichen Gegner_innen der Winterspiele in München 2022, ließen den Verfassungsrechtler Gerrit Mannsen von der Universität Regensburg ein Gutachten über die Rechtmäßigkeit dieses „Knebelvertrags“ (Mannsen) anfertigen. Sein Urteil fiel mehr als deutlich aus: „Nach deutschem Recht wird man den Vertrag als sittenwidrig nach § 138 BGB ansehen müssen (völlig einseitige Risiko- und Lastenverteilung, Ausnutzung einer Monopolstellung).“ Und genau das ist die Geschäftsstrategie des IOC. Die Marke Olympia wird mittlerweile nach Apple aber noch vor Google als zweitwerteste Marke der Welt gehandelt. Die Olympischen Spiele sind ein Milliardengeschäft, ebenso wie die deutschen Rüstungsexporte oder der Berliner Immobilienmarkt. Das Gerede von Frieden, Völkerverständigung oder dem olympischen Geist ist dabei nichts anderes als eine Marketingstrategie. Im Host-City-Vertrag werden daher die Kosten und Lasten der Gastgeberstadt aufgebürdet, während das IOC die Gewinne und Pfründe einstreicht – steuerfrei versteht sich.

In Deutschland wurde 2004 eigens das Olympiaschutzgesetz verabschiedet, um anlässlich der Bewerbung Leipzigs die Voraussetzung für Olympische Spiele in Deutschland zu schaffen. Denn, oh Wunder, das IOC veranstaltet nur Spiele in solchen Ländern, die ein exklusives Gesetz zum Markenschutz der olympischen Symbole, Embleme, Hymnen und so weiter auf den Weg gebracht haben. Demnach ist es dem IOC und dem Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) und deren Sponsoren allein vorbehalten, das Wort Olympia und die olympischen Ringe zu kommerziellen Zwecken zu nutzen. Dabei ist „Olympia“ ein allgemeines Wort des Sprachgebrauchs und die olympischen Ringe sind nach mehr als 70 Jahren gemeindefrei. Dieses von der Sportlobby diktierte Gesetz zum Schutz der olympischen Sponsoren ist lediglich ein Beispiel für die Geiselnahme der Gastgeberländer durch ein milliardenschweres Business. Im Jahr 2009 erhielt das IOC von der Stiftung One World Trust die Auszeichnung als „Intransparentestes Unternehmen der Welt“. Dass der Senat im Bewerbungspapier extra darauf hinweist, dass „Spiele in Berlin belegen [können], dass die Austragung Olympischer und Paralympischer Spiele in demokratischen Gesellschaften machbar und gewollt sind“ spricht Bände bezüglich der Unvereinbarkeit von Demokratie und IOC.

Der Senat und sein Plan

Obwohl weltweit bekannt ist, dass sich das IOC vor allem durch Korruption und das Fehlen jeglichen demokratischen Grundverständnisses auszeichnet, leuchten bei den sogenannten Volksvertretern immer wieder die Augen, wenn es darum geht, ihr „Unternehmen Stadt“ durch ein solches Megasppektakel aufzuwerten.

Dass jetzt Hamburg und Berlin in den Ring steigen, zwei Städte mit größter Wohnungsnot, ist symptomatisch. Beide konkurrieren in der kapitalistischen Standortlogik darum, oben mitzuspielen. Und daher versuchen auch beide sich möglichst gut zu verkaufen, die „Marke Hamburg“ gegen das „arme aber sexy Berlin“.

Das, was der Berliner Senat in der Antwort auf den Fragenkatalog des DOSB präsentiert, liest sich wie ein Sammelsurium aus allem, was allen ja eigentlich gefallen müsste. Dass das meiste davon substanzlose Augenschwermerei ist, sollte bei diesem Senat nicht verwundern.



Unzählige Male wird betont, Weltoffenheit, Inklusion, Teilhabe und Toleranz seien originäre Berliner Themen. Was das im Klartext bedeutet, konnten wir sehr gut am Beispiel der Verarsche der Geflüchteten vom Oranienplatz erleben. Dezentral, ökologisch und sozial soll es beim Berliner Olympiaspektakel zugehen, also das komplette Gegenteil des Konzerns IOC und der Spiele der letzten Jahre. Die Sportbegeisterung der Berliner_innen anzuführen ist ein Hohn. Zu Beginn des Jahres wurden beispielsweise die Schwimmbadpreise um einen satten Euro erhöht. Die „sportbegeisterten Berliner“ dürfen sich dann die Spiele im Fernsehen anschauen. Für den Eintritt ins Stadion, oder auch nur ins Schwimmbad um selbst Sport zu treiben, fehlt vielen das Geld. Das Gerede von der Chance, bezahlbaren Wohnraum durch Olympia in Form des olympischen Dorfes zu verwirklichen, klingt schon fast satirisch. „Leistungssport ist Spiegelbild einer demokratischen Wettbewerbs- und Leistungsgesellschaft“ heißt es bei den Berliner Antworten auf den Fragenkatalog. Wir wollen aber keine Gesellschaft, die nach diesen Maßstäben funktioniert, sondern eine, die auf Solidarität, Gleichheit und gegenseitiger Hilfe aufbaut. In einer Stadt, in der viele Menschen kein Geld haben um ihre Miete zu bezahlen, braucht es kein Megaevent Olympia, sondern billige Wohnkosten, kostenlosen Nahverkehr und Schwimmbäder zum Nulltarif.

Kosten

Etwa 2,4 Milliarden Euro würden die Spiele kosten, so der Senat. Ein schlechter Witz. Hamburg veranschlagt seine Kosten mit 6,5 Milliarden Euro. Dass in Berlin Olympia verhältnismäßig „billig“ zu haben sei, wird mit der Nutzung bereits vorhandener Sportstätten begründet. Zur Erinnerung: Die Baukosten des Flughafens BER wurden 2002 mit 1,7 Milliarden Euro veranschlagt. Mittlerweile ist klar, dass die Kosten bei mindestens 5,4 Milliarden Euro liegen werden und jeder ungenutzt verstrichene Monat weitere 30 bis 40 Millionen kostet.

Aber nicht nur Berlin hat eine Tradition an Milliarden verschlingenden Megaprojekten. Auch die Geschichte der Olympischen Spiele zeigt, dass eine nachträgliche Kostenexplosion eher die Regel ist. Die Sommerspiele in Athen 2004 kosteten mit 12 Milliarden Euro doppelt so viel, wie zuvor behauptet. Der Olympiapark steht heute zum Großteil leer und verrottet. In Peking wurden aus 14,3 Milliarden US-Dollar veranschlagten Kosten am Ende 42 Milliarden. Auch die letzten Sommerspiele in London 2012 kosteten am Schluss 8,77 Milliarden Pfund (10,19 Milliarden Euro) anstatt der zuvor angegebenen 2,4 Milliarden Pfund. Nachträglich hatte das britische Handels- und Investmentamt eine Rechnung veröffentlicht, wonach die Einnahmen mit 1,5 Milliarden Pfund

über den Ausgaben lagen. Was von der olympischen Mafia als Erfolg verkauft wurde, erntete in der internationalen Presse und Fachwelt lediglich Spott. Denn die Rechnung subsumierte einfach alles an Investitionen und Aufträgen im Zeitraum der Olympischen Spiele unter die Habenseite. Schließlich musste auch der zuständige Minister zugeben, dass man bei dieser Rechnung nicht dieselben Standards wie bei der Berechnung des Staatshaushalts zugrunde gelegt habe.

Immer explodieren die Kosten bei den Olympischen Spielen, und immer sind steigende Lebenskosten die Auswirkungen auf die Bevölkerung. Allein die Berliner Bewerbung beim IOC würde 50 Millionen Euro kosten. Vielleicht bequemt sich die Politik angesichts dieser Summe dazu, vor der Frage nach dem wie doch nach dem ob zu fragen. Dann blieben diese Millionen der Stadt wahrscheinlich erspart.

Bürgerbeteiligung

Allerdings muss dem Berliner Senat zugestanden werden, aus seinen bisherigen Niederlagen gelernt zu haben. Anstatt zu machen, was sie wollen, als seien sie die Vorstandsrunde eines multinationalen Großkonzerns, machen sie nun, was sie wollen, ohne aber zu vergessen, uns gleich von Beginn an einzulullen. Bürgerbeteiligung heißt dafür das Zauberwort, mit dem sich der Senat der Kritik zu entziehen versucht, ein Haufen arroganter und weltfremder Politiker zu sein. Die geplante Bürgerbeteiligung macht ihrem Namen alle Ehre. Es darf sich vermutlich beteiligt, aber nichts entschieden werden. Eine Online-Umfrage des Senats gab darauf bereits einen Vorgeschmack. In neun Fragen, die als Stimmungstest bezeichnet wurden, tauchte die Frage, ob Berlin die Olympischen und Paralympischen Spiele überhaupt ausrichten sollte, nicht auf. In der Bewerbungsbroschüre für den DOSB wird das offen ausgesprochen: „Der Senat hält es für sinnvoll, zunächst über das ‚Wie‘ einer möglichen Bewerbung Berlins zu diskutieren, bevor über das ‚Ob‘ entschieden wird“. Ob überhaupt über das ob entschieden wird, ist fraglich. Zwar plant der Senat eigens eine Verfassungsänderung, um 2015 von sich aus ein Referendum auf den Weg zu bringen, ob dies aber über ein suggestives Legitimationsinstrument hinausgehen wird, ist mehr als zweifelhaft. Ein Blick in die Bewerbungsbroschüre an den DOSB verstärkt diese Zweifel: Es geht nicht darum zu fragen: Wollt ihr die Spiele? Es geht darum, uns irgendwie dazu zu bringen, diese Scheisse zu wollen. Inwiefern der Senat bereit ist, ein Schmierentheater aufzuführen, um sich seine Politik vom Stimmvieh absegnen zu lassen, hat er ja bereits beim Bürgerentscheid um das Tempelhofer Feld bewiesen, und ist damit kläglich

gescheitert. Dass die Charme- und Transparenzoffensive des Senats nicht mehr als eine Marketingstrategie ist, sollte allen klar sein, die die letzten Jahre in Berlin nicht schlafend verbracht haben.

Immer nur dagegen? Na hoffentlich!

„Berlin hat Chancen, das Problem sind die Berliner“ titelte die Welt am ersten September und zum Glück hat dieses Scheißblatt Recht, gibt es doch in Berlin nicht nur die Tradition aus Filz, Mafia und Größenwahn, sondern auch eine von Widerstand und Protest. Und so ließe sich der Machbarkeitslogos umdrehen: „Berlin kann Olympia ... verhindern.“ Schließlich wurde bereits in den 1990er Jahren die Bewerbung um die Olympischen Spiele 2000 erfolgreich niedergekämpft. Allerdings darf nicht der Fehler gemacht werden, die Konkurrenz mit Hamburg auf der Ebene des Widerstands zu wiederholen. Weder Berlin, noch Hamburg braucht diese Veranstaltung. Um ehrlich zu sein: Außer denjenigen, die damit ihr Geld verdienen, braucht dieses Spektakel eigentlich kein Mensch!

Post Scriptum

Da wir ja eine Stadtteilzeitung aus Neukölln sind, noch ein Hinweis am Rande: Aus dem Tempelhofer Feld, das durch viel Anstrengung der Baumafia entzogen werden konnte, will der Senat das „größte Fitnessstudio der Welt“ machen. Dieser sogenannte Olympic Campus soll im Klartext zur gigantischen Fanmeile werden, neben der der Berliner Pöbel – wenn's genehm ist – ein paar Turnübungen veranstalten kann. Frei nach dem Slogan der früheren Protestbewegung gegen Olympia 2000 sagen wir: Volkssport statt Olympia – Das Spektakel zum Desaster machen!

Kritisches Olympisches Lexikon:

www.nolympia.de/kritisches-olympisches-lexikon/

Gutachten Host City Vertrag München:

www.nolympia.de/gutachten-zum-host-city-vertrag/

Bewerbungsseite des Berliner Senats:

<http://www.berlin.de/spiele-in-berlin/>

Berliner Nolympia-Bündnis:

<http://nolympia-berlin.de/>

Chronologie Berliner Bewerbung und des Widerstands der 1990er Jahre

http://autox.nadir.org/archiv/chrono/olymp_chro.html

Leerstand und Wohnraumvernichtung in der Weisestraße 47

Leerstand bleibt – Politik kann nix tun

Der jahrelange Leerstand in dem Haus Weisestr. 47 geht weiter und das Neuköllner Bezirksamt sieht sich nicht in der Lage, etwas dagegen zu unternehmen. Der Eigentümer Conle lässt das Haus seit etlichen Jahren leer stehen, nur zwei Wohnungen im Hinterhaus sind noch bewohnt. Dagegen wird seit Jahren protestiert mit Flyeraktionen, Kundgebungen, Scheinbesetzungen usw. Am 28. April 2012 gab es eine Hausbesetzung, die von der Polizei brutal beendet wurde. So darf das Haus weiter leer stehen, bis der Eigentümer das Haus am profitabelsten verwerten kann.

Mittlerweile ist am 1. Mai die Zweckentfremdungsverbots-Verordnung in Berlin in Kraft getreten, die Leerstand von Wohnungen sanktioniert. Dies nahm ein Anwohner zum Anlass für eine Einwohneranfrage in der Bezirksverordnetenversammlung in Neukölln.



Frage des Anwohners an den Bezirk:

„Ich frage den Bezirk, welche konkreten Schritte unternommen worden sind bzw. werden, um den Leerstand in dem Haus Weisestr. 47 zu beenden und so die Zweckentfremdungsverbots-Verordnung durchzusetzen.“

Als Antwort schrieb Baustadtrat Blesing mit Datum vom 7. Juli 2014:

„ ... Die Verwaltung wird selbstverständlich dem Hinweis auf Überprüfung des Leerstandes von Wohnraum im Hause Weisestr. 47 schnellstmöglich nachgehen, sobald hierfür das geeignete Personal für diesen neuen Aufgabenbereich zur Verfügung steht. Daher bitte ich um Verständnis dafür, dass die Überprüfung unter Bezugnahme auf die zu berücksichtigenden Kriterien und die derzeit noch ausstehenden personellen Ressourcen jedoch einige Zeit in Anspruch nehmen wird.“

Jetzt haben wir also ein Gesetz gegen Zweckentfremdung und Leerstand, nur kann es leider nicht umgesetzt werden. Alles bleibt wie gehabt, es sei denn, es wird zu anderen Maßnahmen gegriffen. Und die Besitzer lassen vermauern statt dass sie vermieten. Der Zugang vom Hausflur zum Treppenhaus im Vorderhaus ist inzwischen zusätzlich durch eine Stahltür mit Vermauerung gesichert worden.

Wir verlangen die sofortige Nutzung aller leer stehenden Wohnungen für Hartz-IV-Bezieher_innen und andere Menschen mit niedrigem Einkommen, die hier kaum noch eine Wohnung finden.

Spekulativen Leerstand enteignen!

Bürokratische Ablenkungsmanöver

Die Genehmigung eines Straßenfests in Berlin

Im August 2014 fand das traditionelle Nachbarschaftsfest in der Weisestraße statt. Die erforderliche Genehmigung des Ordnungsamts wurde erst wenige Tage vorher erteilt. Zunächst war mündlich zugesagt worden, dass der Genehmigung nichts im Wege stehe.

Alle erforderlichen Unterlagen für die Anmeldung des Festes wurden bereits im April eingereicht. Bis zu einer telefonischen Rückfrage am 25. Juli gab es keine Rückmeldung vom Ordnungsamt, obwohl das Berliner Straßengesetz eine Entscheidung innerhalb eines Monats verlangt. In dem Gespräch wurde mitgeteilt, dass die Genehmigung in wenigen Tagen erteilt werde. Stattdessen wurde die Anmelder*in angewiesen, ein verbindliche Teilnehmer*innenliste einzureichen und Angaben zu Länge und Breite der Tische zu machen, die während des Festes aufgestellt werden sollten.

Das Weisestraßenfest findet seit Anfang der 90er Jahre regelmäßig statt. Eine Teilnehmer*innenliste wurde noch nie verlangt. Die Einforderung einer solche Liste ist aus Bürgerrechts- und Datenschutzgründen fragwürdig. Ihren Namen gegenüber den Behörden preisgeben zu müssen, kann für Teilnehmer*innen abschreckend wirken. Es ist außerdem nicht zu überprüfen, wo das Ordnungsamt die Daten speichert und an wen es sie weiterleitet. Zudem ist es bei einem ehrenamtlich organisierten Fest im Voraus kaum möglich zu wissen, wer welchen Stand betreut.

Es drängt sich der Verdacht auf, dass die Behörden das Nachbarschaftsfest in der Weisestraße mit Hilfe bürokratischer Ablenkungsmanöver verhindern wollten.

Die Vorbereitungsgruppe des Nachbarschaftsfests in der Weisestraße wandte sich daraufhin an die Presse, um die Problematik öffentlich zu machen. Auch die Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke, die ihren Wohnsitz in Neukölln hat, erkundigte sich beim Ordnungsamt nach den Motiven. Kurze Zeit später wurde die Genehmigung erteilt.

Am Tag des Festes beanstandete das Ordnungsamt das Willkommenstransparent, das quer über die Straße gespannt war. Aus Gründen des Brandschutzes und der

Flugsicherheit musste das Transparent abgehängt werden. Hingegen empfahlen die Beamten das Transparent an die Bühne zu hängen – in die Nähe von Starkstromkabeln.

Das Weisestraßenfest ist nicht das einzige selbstorganisierte Fest in Berlin, das regelmäßig Schwierigkeiten mit dem Ordnungsamt hat. Das Weisestraßenfest und viele andere Feste werden von den Anwohner*innen ehrenamtlich und ohne finanzielle Interessen vorbereitet und durchgeführt. Zusammen und selbstorganisiert werden die Musikgruppen ausgewählt, das Kinderprogramm gestaltet und aufgeräumt. Diese gemeinsame Aktion trägt dazu bei, dass die Leute sich besser kennenlernen und die Nachbarschaft zusammenwächst. Das ist gerade im Schillerkiez, wo sich seit einigen Jahren viel verändert, besonders wichtig. Die Bewohner*innen des Schillerkieses sind sich über den Zusammenhang von Mieterhöhungen und der Vertreibung der Alten, Arbeitslosen und Migrant*innen sehr bewusst und suchen gemeinsam Wege aus der Krise.

Daher ist es um so bedauerlicher, dass dem Weisestraßenfest von Seiten der Behörden Steine in den Weg gelegt werden, während kommerzielle Feste regelmäßig ohne Umstände bewilligt werden.

Wer das nächste Straßenfest mit vorbereiten möchte, ist herzlich Willkommen: weisestrassenfest2014@gmx.de



Kurz und Knackig

Meldungen September 2014

Einwohnerantrag Milieuschutz und SPD-Verarschung

Das „Bündnis bezahlbare Mieten Neukölln“ hat am 29. August eine Unterschriftensammlung für einen Einwohnerantrag begonnen, um zunächst die Behandlung des Themas Milieuschutz in der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung (BVV) zu erreichen und danach die Einrichtung von Milieuschutzgebieten durchzusetzen. Eine Woche später sind schon 350 Unterschriften gesammelt worden. In einer Erklärung vom 8. September unter dem Titel „Stadtentwicklung und Wohnen in Neukölln sozial gestalten“ fordert auch die Neuköllner SPD, die Möglichkeit für Milieuschutz zu eröffnen: „Die SPD Neukölln spricht sich deshalb dafür aus, zunächst für die Quartiere Reuterkiez und Schillerkiez zügig die notwendigen Voruntersuchungen zu beginnen“

Am 9. September gab es dann in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung in Neukölln die Möglichkeit, dem Taten folgen zu lassen. Die Grünen hatten einen Antrag zur Einführung von Milieuschutz zur Diskussion gestellt. Aber frei nach dem Motto „Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern“ ist der Antrag in trauter Gemeinsamkeit mit der CDU dann abgelehnt worden. Das ist jedoch nicht weiter verwunderlich, da es erklärtes Ziel dieser Partei ist, die Milieus der Armen zugunsten Besserverdienender aus dem Bezirk zu verdrängen. Erst wenn die eigene Klientel bedroht ist, wird die SPD sich des Mittels Milieuschutz erinnern.

In der BVV-Sitzung am 17. 9. gab es nach einem erneuten Antrag der Grünen plötzlich einen Antrag der SPD auf Durchführung einer Voruntersuchung für den Reuterkiez, dem sich dann bis auf die CDU alle Parteien anschlossen. Der wurde angenommen und so wird jetzt untersucht, bis nichts mehr zu untersuchen ist und die unerwünschten Menschen weg sind.

Kneipen kommen, soziale Projekte gehen

Im Schillerkiez machen immer wieder neue Läden auf, vorwiegend gastronomische Betriebe. . Es gibt kaum noch leer stehende Gewerberäume. Dafür müssen ande-

re Einrichtungen dicht machen, weil sie die geforderten Mieten nicht mehr zahlen können. So musste Meditas, eine häusliche Krankenpflege, ihre Räume in der Leinesstrasse aufgeben. Ein ähnliches Schicksal droht der von der Diakonie betriebenen Tee- und Wärmestube für Obdachlose in der Weisestr. 34., die im März 2015 ihre Räume aufgeben soll. Die Bezirksverordnetenversammlung Neukölln hat sich in ihrer Sitzung vom 9.7. 2014 einstimmig für den Erhalt der Teestube ausgesprochen „, Ob das den Vermieter interessiert, wird zu sehen sein.

Umwandlung von Wohnraum in Gewerbe, im Reuterkiez (insbesondere Gastronomie)

Seitens des Senats ist fröhlich die Rede davon, dass Wohnraum knapp geworden sei und durch - lukrative? - Bauprojekte neuer geschaffen werden müsse. Währenddessen kann man ständig beobachten, wie dort, wo bisher normale Mieter_innen, meist ältere Menschen, in Erdgeschosswohnungen wohnten, plötzlich Kneipen, Restaurants oder andere Läden eröffnet werden. In den vergangenen Monaten u.a.: Friedelstr. 12 Kneipe „Dschungel“, Weserstr. 203 Imbiss Café Mahlzeit, Friedelstr. 7 Plattenladen, Weserstr. 16/Ecke Pannierstr. 55, jetzt MenMen Japanisches Nudelhaus.) So entsteht der Eindruck, dass Hauseigentümer_innen zunehmend die Chance nutzen, in den Vorderhäusern ihrer Gebäude frei werdende Erdgeschosswohnungen einfach in Gewerbe umzufunktionieren. Vor allem gastronomische Betriebe bringen ihnen ganz andere Gewinnmöglichkeiten. So wird hier immer häufiger Wohnraum in Gewerbe umgewandelt, ganz unauffällig aber systematisch. Ob für diese Nutzungsänderungen jeweils die grundsätzlich notwendige Genehmigung eingeholt wurde, müsste in den konkreten Fällen nachgeprüft werden

Schillerburger Imperium

Die Expansion der Schillerburger-Läden geht weiter. Nachdem in der Sanderstrasse schon letztes Jahr ein neuer Laden eröffnet wurde, gibt es nun welche in der Friedrichshain und am S- und U-Bhf Neukölln. In Pan-kow steht ebenso eine Neueröffnung bevor.



Kinderfication Schillerkiez

Ein Artikel der April-Ausgabe der englischsprachigen Zeitung „exberliner“ befasst sich mit der zunehmenden Kinderschar im Schillerkiez und fordert „Stop the Kinder-fication of Schillerkiez!“. Der polemische Text, in dem sich der Autor über die steigende Kinderzahl beklagt und eine Entwicklung wie im Prenzlauer Berg befürchtet, enthält interessante Zahlen dazu. Im Jahre 2012 gab es in Neukölln 3.494 Geburten. Verglichen mit den 3.014 im Jahre 2007 ist das eine Zunahme von 16 % – mehr als in jedem anderen Berliner Bezirk. In Pan-kow (inkl. Prenzlauer Berg) betrug das Wachstum nur 5 %. Die Schlussfolgerung des Autors: „The message is clear: Prenzlauer Berg’s parents are done having babies. Neukölln’s are just beginning.“

Das Ende von QM-Gebieten

Quartiersmanagements (QM) bleiben nicht ewig. Sie sollen sich überflüssig machen und in die Phase der Verstetigung eintreten, wenn der Auftrag der Aufwertung der betroffenen Gebiete erfüllt ist. Das ist nun beim QM-

Gebiet Reuterkiez der Fall, in den Jahren 2015 und 2016 werden die Fördergelder zurückgefahren und 2017 ist ganz Schluss. Deswegen gibt es seit Mitte des Jahres auch die Kiezzeitung „Reuter“ nicht mehr. In einem Resüümee der Quartiersräte heißt es in der letzten Ausgabe 3/2014:

„Hinzu kommt die schon so oft diskutierte Frage, ob das zentrale Ziel der Quartiersmanagements, die Lebensbedingungen in sozial schwachen Bezirken zu verbessern, eigentlich am Kern des Problems vorbeigeht, weil es die sozial schwachen Bewohnerinnen eher verdrängt als ihnen zu helfen.“

Im QM-Gebiet Schillerpromenade ist die Frage der Verstetigung auch aktuell, selbst wenn das noch zwei bis drei Jahre länger dauern kann. Auch hier haben sich die Strukturdaten „verbessert“. Immer mehr Arme müssen wegziehen und die Bevölkerungszahl wächst um Menschen, die in der Lage sind, steigende Mieten zu zahlen.

Berlin Besetzt Online

Ein neues Projekt macht Geschichte sichtbar und zeigt Perspektiven, die nach wie vor aktuell sind. BERLIN BESETZT zeigt die Geschichte von Haus- und Platzbe-

Immo News

setzungen in Berlin als Beispiel für selbstermächtigte Eingriffe von Protestbewegungen in den Stadtraum und das Stadtleben. Der interaktive Online-Stadtplan mit digitalem Archiv macht kollektive und selbstverwaltete Räume in der Stadt sichtbar. Die Karte zeigt den Berliner Stadtraum als Ergebnis von Aneignungskämpfen, an denen Hausbesetzungen einen (nicht zu unterschätzenden) Anteil haben.

Website: www.berlin-besetzt.de

Ziegert-Projekt 12053 im Aufbau und Protest geht weiter

Am 24. April wurde der Grundstein für den Neubau von teuren Eigentumswohnungen direkt gegenüber dem Jobcenter Neukölln gelegt. Etliche Polizisten und Security-Personal waren dazu aufgeboten worden, um die Show der Investoren Peters von der Casada GmbH und dem Vermarkter Ziegert Bank- und Immobilienconsulting zu sichern. Ein gewisser Herr Buschkowsky, seines Zeichens Bürgermeister von Neukölln, durfte natürlich auch nicht fehlen. Die große Werbetafel, die am Vortag noch das Projekt anbot, war nicht mehr zu sehen, das Gerüst abgebaut. Denn in der Nacht waren große Farbflecke auf Infotafel und Hauswand aufgetaucht.

Inzwischen ist die Baugrube ausgehoben, Kräne stehen und die Betonierung beginnt. Nach Angaben von Ziegert waren im Juni die meisten Wohnungen des ersten Bauabschnitts schon vergeben. Die meisten Käufer kämen aus Neukölln und angrenzenden Bezirken und wollen selbst dort wohnen. Allerdings finden sich auf dem Immobilienportal Immoscout24 auch schon Angebote zum Anmieten der noch nicht gebauten Eigentumswohnungen.

Spitzenreiter Jobcenter Neukölln

Berlin liegt mit 4,4 % Sperrzeiten gegen ALG-II-Bezieherinnen bundesweit auf dem ersten Platz. Dazu trägt auch das Jobcenter Neukölln bei. So wurden berlinweit im Monat Mai 2014 insgesamt 10.763 Sperrzeiten verhängt.

Das Jobcenter Neukölln nimmt auch hier einen Spitzenplatz ein. Im Monat Mai wurden insgesamt 1.346 Sperrzeiten verhängt, 64 wegen der Eingliederungsvereinbarung, 114 weil sie eine Ausbildung nicht fortführten oder abbrachen, 17 weil sie eine Maßnahme abbrachen und 1.138 wegen Meldeversäumnissen beim Träger. Insgesamt waren es von Juni 2013 bis April 2014 17.948 ausgesprochene Sanktionen.

Es scheint also immer noch eine große Zahl von Menschen zu geben, die nicht so mitspielen, wie das Jobcenter es gerne hätte.

Kaum gekauft, schon verkauft. Im Januar kauft die Mähren-Gruppe das Haus Weisestr. 21 und im Juli 2014 vermarktet plötzlich die Berlin Estate GmbH das Gebäude an Anleger, vorwiegend in Israel.

Die Firma Akelius bleibt ihrer Tradition als Preistreiber treu: Seit September will sie eine kleine .dunkle Wohnung im Erdgeschoss des Hinterhauses Schillerpromenade 25 für eine Kaltmiete von 14,66 Euro vermieten. Mittlerweile ist das Angebot verschwunden.

1. Umsonstflohmarkt in Rixdorf

Am Sonntag, den 07. September, fand am Rahseparplatz (Richardplatz) der erste Umsonstflohmarkt in Rixdorf statt. Auf Plakaten und mittels Flugzetteln an Haustüren hatten „freundliche Anarchist*innen aus der Nachbarschaft“ für diesen geworben. Mehrere Hundert Menschen folgten der Einladung und genossen teilweise über Stunden die Atmosphäre und das gute Spätsommerwetter am Platz.

Ein gutes Dutzend Nachbar*innen brachten auch selbst Sachen zum Verschenken mit. Zusätzlich zu diversen Umsonstständen wurde auch Siebdruck, also das Bedrucken eigener Kleidung und veganes Essen gegen Spende angeboten. Auch ein Tisch mit politischen Informationen fand regen Zulauf. Von Seiten der Initiator*innen hieß es, dass sie von den Reaktionen positiv überrascht seien und großes Interesse an einer Wiederholung hätten. Allerdings sei es aufgrund der Wetterlage fraglich, ob das schon dieses Jahr passieren könne.

Quelle: <https://linksunten.indymedia.org/de/node/122982>

AntifaschistInnen im Schillerkiez (1933 - 1945)

In der Weimarer Republik galt Neukölln neben dem Wedding als rotes Zentrum Berlins. Im sozialdemokratisch geprägten „Reichsbanner“ waren ca 1000 NeuköllnerInnen und im kommunistischen „Roten Frontkämpferbund“ waren um die 2000 Personen aus Neukölln organisiert. Daneben gab es zahlreiche andere Gruppen und Organisationen, die sich als sozialistisch, trotzkistisch, rätekommunistisch oder anarchistisch verstanden. Bei den letzten Reichstagswahlen in der Weimarer Republik erhielt die KPD in Neukölln immer die meisten Stimmen. Selbst bei der letzten Reichstagswahl am 5. März 1933 stimmten – trotz Verbot und Verfolgung – 31,9 Prozent der wählenden NeuköllnerInnen für die Kommunistische Partei. Die SPD wurde mit 25,9 Prozent hinter der NSDAP in Neukölln drittstärkste Partei. Zwischen 1933 und 1945 wurde insbesondere von Menschen aus der Arbeiterbewegung aktiv Widerstand geleistet, wobei auch diese im Verhältnis zu der Größe der Organisationen der ArbeiterInnenbewegung lediglich eine kleine Minderheit darstellten. Hans-Rainer Sandvoß erzählt in seinem Buch „Widerstand in Neukölln“ von 70 NeuköllnerInnen, die im Widerstand gegen den Nationalsozialismus ihr Leben ließen. Die Informationssäule des QM Schillerpromenade an der Okestraße/Schillerpromenade zählt 15 Personen auf, die im Schillerkiez wohnten und als AntifaschistInnen ihr Leben verloren. In einer virtuellen Karte sind WiderstandskämpferInnen, Stolpersteine und deportierte Juden und Jüdinnen aus dem Schillerkiez eingetragen. Anhand des Buches von Hans-Rainer Sandvoß über den Widerstand in Neukölln wird im Folgenden versucht, einen Kurzüberblick über Personen des Widerstandes aus dem Schillerkiez zu geben, der jedoch keinen Anspruch auf Vollständigkeit hat.

ArbeitersportlerInnen im Widerstand

Der Arbeitersport war im Deutschen Kaiserreich und in der Weimarer Republik Teil einer breiten und vielfältigen ArbeiterInnenbewegung, die eine eigene Kultur entwickelt hatte und die unterschiedlichsten Freizeit-, Bildungs- und Sporteinrichtungen umfasste. In der Weimarer Republik waren zehntausende BerlinerInnen im Arbeitersportverein A.S.V. Fichte organisiert. 1928 kam

es zur Spaltung von Fichte Berlin, die Mehrheit tendierte zur „Roten Sportinternationale“ der Kommunisten, die Minderheit zum sozialdemokratischen Arbeiter-Turn- und Sportbund ATSB, der jedoch im Reich die Mehrheit der Organisierten auf sich vereinigen konnte. Der Arbeitersport war jedoch nie homogen und linientreu, die Spaltung der Arbeiterbewegung konnte er trotzdem nicht überwinden. 1933 warteten zehntausende ArbeitersportlerInnen auf ein Zeichen zum Losschlagen gegen die Nationalsozialisten, das jedoch nicht kam. Nach dem 30. Januar 1933 schlugen die Nazis zu und verboten die Sportvereine.



Zu den bekanntesten Neuköllner Arbeitersportlern, die Widerstand leisteten gehörte sicherlich der Kommunist und Ringer Werner Seelenbinder, aber auch zahlreiche andere ArbeitersportlerInnen aus dem Schillerkiez setzten sich gegen die Nazis zur Wehr. In der Mahlower Straße 23, in der Wohnlaube Walter Lengies traf sich um den Neuköllner Kommunisten Walter Stolpe 1933 eine illegale Gruppe junger ArbeitersportlerInnen, die aus der Fichte-Wandersparte 63 hervorgegangen waren. Am 12. April 1934 wurden 15 Neuköllner ArbeitersportlerInnen vor dem Berliner Kammergericht angeklagt. Am 11. August 1934 wurde u.a. Helmut Lengies zu einem Jahr und neun Monate Gefängnis verurteilt (Sandvoß S. 28 f). In der Herfurthstraße 23 wohnte Erich Hempel, der als ehemaliger Bezirksleiter der „Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit“ eine treibende Kraft bei der illegalen Ar-

beit im Sportbereich war. Im Mai 1935 verhandelte das Berliner Kammergericht in zwei Verfahren („Gardei und Genossen“) gegen Leiter der einzelnen Bezirke und Unterbezirke des Arbeitersports. Erich Hempel wurde zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt (Vgl. Sandvoß S. 32). Trotz der Verhaftungen und Verurteilungen blieben die ehemaligen Zusammenhänge des Arbeitersports zum Teil erhalten, so dass es möglich war, sich auszutauschen und zu informieren. So trafen sich in der Okerstraße 33 (bei dem Sattler Siegfried Flade) Gruppenmitglieder zu Lesabenden und politischen Diskussionen. Es wurde sich gegenseitig informiert, über aktuelle Tagesfragen diskutiert und über die weitere Arbeit beraten (Vgl. Sandvoß S. 29).

SozialdemokratInnen

Die Berliner SPD hatte fast einhunderttausend ParteigenossInnen und versuchte in den letzten Jahren der Weimarer Republik, die demokratische Verfassung der Weimarer Republik zu bewahren. Die Politik des Reichskanzlers und Zentrums politiklers Heinrich Brüning wurde von dieser Partei ebenso toleriert, wie die Wahl des Monarchisten Paul von Hindenburg zum Reichspräsidenten. Sie orientierte bis zu ihrem Verbot auf den Parlamentarismus und lehnte „Außerparlamentarische Experimente“ strikt ab, dies verhinderte u.a. eine Einheit mit den anderen Organisationen der Arbeiterbewegung, um den Nationalsozialismus zu verhindern. Nachdem ihre demokratischen Bündnispartner ihre Anhängerschaft an die antidemokratische, nationalsozialistische Rechte verloren hatten, sah sie sich in der Verteidigung der Weimarer Demokratie auf sich allein gestellt. Der Staatsstreich des Reichskanzlers Papen vom 20. Juli 1932 gegen die sozialdemokratische Regierung in Preußen (Braun – Severing) schwächte die Sozialdemokraten empfindlich. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften lehnten einen Streik bzw. den Aufruf zur bewaffneten Gegenwehr ab. Ein Bündnis mit der KPD und anderen Kräften der ArbeiterInnenbewegung wie beim Kapp—Putsch 1920 kam nicht zustande, dies hatte u.a. seinen Grund in der Funktion, die die SPD als Regierungspartei in der Weimarer Republik hatte, indem sie u.a. immer wieder Demonstrationen, Aufstände und Streiks der Arbeiterbewegung blutig niederschlagen ließ. Für führende Sozialdemokraten schien ein Bündnis auch deswegen nicht nötig, da sie, in völliger Verkennung der Lage, davon ausgingen, dass die Nationalsozialisten sich nicht lange halten werden.

Im Schillerkiez waren nach Hans-Rainer Sandvoß mehrere Sozialdemokraten am Widerstand beteiligt. In der Genezareth Kirche traf sich der Singekreis der Neuköll-

ner Sozialistischen Arbeiter Jugend SAJ, um Liedgut der ArbeiterInnenbewegung auch unter der Herrschaft der Nazis zu erhalten (vgl. Sandvoß S.60). Der Vorsitzende der Neuköllner Freidenker und spätere Kreisvorsitzende der Neuköllner SPD Fritz Naujoks (Steinmetzstraße 11 heute Kienitzer Straße) wurde immer wieder inhaftiert. Getarnt als Gruppe, die Billard spielte traf er sich mit früheren GenossInnen und organisierte u.a. mit parteilosen Kaufleuten Hilfe für verfolgte Juden, die er unter anderem auf seinem Grundstück in Klein-Köris (Landkreis Dahme-Spreewald) versteckte. Am Ende des Krieges wurde Naujoks wegen „Paßvergehen“ und „Judenbegünstigung“ verhaftet. Nach viermonatiger Haft versteckte er sich bis zur Befreiung durch die Rote Armee (Vgl. Sandvoß S. 258).

Kommunistische Partei Deutschlands KPD

Die KPD in Neukölln hatte u.a. in dem Gebiet um die Hermannstraße eine ihrer Hochburgen. Wenige Tage vor der Machtübertragung an die Nationalsozialisten zogen am 25. Januar 1933 auch aus Neukölln Demonstrationen zur Großdemonstration von 130.000 Menschen, die am KPD Parteihaus am Bülowplatz vorbeizog. Am 30. Januar 1933 fanden in Neukölln Demonstrationen von KPD MitgliederInnen gegen die Nazis statt. Die Parolen vom Massenstreik bzw. Generalstreik gegen den Faschis-



mus erwiesen sich jedoch nicht nur wegen der zahlreichen Arbeitslosen als relativ wirkungslos. Tragischerweise kam es auch nicht zu einheitlichen Aktionsformen mit der SPD, mit denen zehn Jahre zuvor der Kapp Putsch verhindert werden konnte. Mit der Parole „Wer Hitler wählt – wählt den Krieg“ hatte die KPD vor dem Faschismus gewarnt. KPD und SPD waren jedoch verfeindet und über die „Sozialfaschismusthese“ verstärkte die KPD die Feindschaft der beiden großen Arbeiterparteien von ihrer Seite zusätzlich. Aus heutiger Sicht wäre ein Bündnis eine Möglichkeit gewesen, Protestpotential gegen den Nationalsozialismus zu bündeln. Erst 1935 wurde auf der Brüsseler Konferenz auf die Volksfront orientiert. Nach Hans-Rainer Sandvoß nahmen 20 bis 25 Prozent der KPD Mitglieder aktiv am Widerstand teil.

Zu den bekanntesten kommunistischen Widerstandskämpfern aus den Schillerkiez gehörte Herbert Tschäpe (Warthestraße), der auch auf den Erinnerungstafeln des QM Schillerpromenade gewürdigt wird. Der politische Leiter des Unterbezirks Neukölln des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands KJVD wurde 1933 zu einem Jahr Haft verurteilt. Nach seiner Haftentlassung emigrierte er und beteiligte sich an den Kämpfen der Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg. 1941 wurde er ins KZ Sachsenhausen verschleppt. Nach erfolgreicher Kontaktaufnahme zur Berliner KPD um Anton Saefkow konnte er am 22. April 1944 fliehen. Wenige Monate später wird er jedoch wieder verhaftet und vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt. Am 27.11.1944 wurde er im Zuchthaus Brandenburg ermordet.

In der Warthestraße 11 wohnte der Jungkommunist Erich Ziegler, der sich beim Druck und Vertrieb illegaler Schriften engagierte. Laut Hans-Rainer Sandvoß wurde u.a. die Neuköllner „Rote Sturmflagge“ bei ihm gedruckt (Vgl. Sandvoß 162). Es gelang ihm, Heinz Kappel und anderen eine funktionierende Gruppe aufzubauen. Sie verbreiteten u.a. in der Nacht nach Hitlers Reichstagsrede zum Überfall auf Polen das Antikriegsflugblatt „Ich rufe die Jugend der Welt“ und riefen zum Widerstand und zum Sturz des Hitlerregimes auf. Im Oktober 1939 wurden Heinz Kappel und Erich Ziegler zusammen mit anderen verhaftet. Trotz der Folterungen machten beide keine Aussagen. Der Volksgerichtshof verurteilte Heinz Kappel zum Tode und Erich Ziegler zu lebenslänglicher Haft (Vgl. Sandvoß S. 161 ff).

In der Lichtenrader Straße 44 wohnte der Jungkommunist Hans Loriades. Bei seiner Verhaftung wurde er mit einer nicht geladenen Waffe angetroffen. So konnte er seine Festnahme hinauszögern und Freunde von ihm

konnten mit dem Untergrundmaterial verschwinden. Er wurde 1934 im Prozeß Rudolf Mierau als 19 jähriger zu einer Zuchthausstrafe von 8 Jahren verurteilt. Im Zuchthaus Brandenburg erfuhr er durch Gespräche mit dem trotzkistischen Mithäftling Berger über die stalinistischen Verfolgungen in der UdSSR und wandte sich dem Trotzkismus zu. Nach seiner Flucht aus dem Zuchthaus lebte er illegal in Berlin, wurde jedoch im Herbst 1944 wieder verhaftet. Ende 1944 beging er im Gefängnis Selbstmord. (Vgl. Sandvoß S. 127 f)

Neu Beginnen

In der Schillerpromenade 42 wohnte Eberhard Hesse und versuchte junge Sozialdemokraten im Sinne der geheimen „Org“ später „Neu Beginnen“ zu beeinflussen. Diese Gruppe stand in Opposition zum SPD-Parteivorstand, weshalb Hesse zusammen mit weiteren Sozialdemokraten (darunter Fritz Erler und Kurt Mattick) am 11. April 1933 aus der Partei ausgeschlossen wurden. Eberhard Hesse gehörte in diesem Zusammenhang zum 7er Ausschuß der Berliner SAJ (Vgl Sandvoß S. 87 ff). Für die Gruppe um Walter Löwenheim war die KPD sektiererisch und die SPD verbürgerlicht. Im Unterschied zu den beiden großen Parteien der ArbeiterInnenbewegung analysierte die Gruppe Neu Beginnen den Nationalsozialismus als große Gefahr, der die ArbeiterInnenbewegung nicht gewachsen ist. Ihr Ziel war es, in diesen Organisationen konspirativ zu wirken. So sollte auch verhindert werden, dass durch Neugründungen von Parteien die ArbeiterInnenbewegung weiter aufgespalten wird. Die 1933 gut 100 Personen zählende Gruppe war auf die illegale Arbeit vorbereitet und konnte sich so relativ lange behaupten und wuchs sogar bis 1935 auf ca. 500 Personen an. Trotz der konspirativen Vorbereitungen kam es jedoch zu Verhaftungen und Verurteilungen. Im Prozess gegen Dr. Hedwig Leibetseder am 9. Januar 1937 wurde Eberhard Hesse zu 1 Jahr und 6 Monate Gefängnis verurteilt. Eberhard Hesse gelang es, geschickt den idealistischen Jugendlichen zu spielen. (Vgl. Sandvoß S.90). Im Dezember 1940 wurde Hesse zum Militär einberufen. Zwischen 1945 und 1947 befand er sich in sowjetischer Kriegsgefangenschaft. In der Oderstraße 47 wohnte Rudolf Thon, der bei Berliner Prozessen gegen Neu Beginnen 1936/37 zusammen mit 35 weiteren Personen angeklagt und zu 1 Jahr und 6 Monaten Gefängnis verurteilt wurde (Vgl. Sandvoß 89 f).

Sozialistische Arbeiterpartei SAP

Diese kleine linkssozialistische Partei gründete sich im Herbst 1931, als 6 Reichstagsabgeordnete der SPD we-

gen Verstoß gegen die Fraktionsdisziplin ausgeschlossen wurden. Zu den bekanntesten Personen dieser 25.000 bis 30.000 Mitglieder umfassenden Organisation gehörten Max Seydewitz, Fritz Sternberg und der spätere Bundeskanzler Willy Brandt. Inhaltlich wurde der Reformismus der SPD aber auch die Sozialfaschismusthese der KPD kritisiert und abgelehnt. Der marxistische Theoretiker und Ökonom Fritz Sternberg warnte vor der Gefahr des Faschismus. Um diesen zu verhindern bzw. zu bekämpfen, trat die Partei für eine Einheitsfront aller Strömungen der Arbeiterbewegung ein.

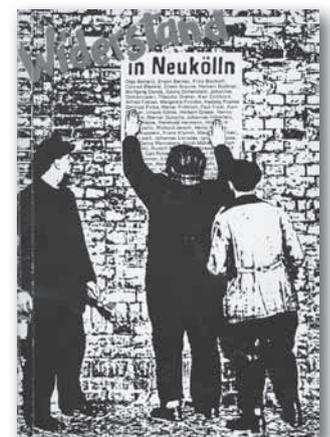
In der Schillerpromenade 5 lebte Alexander Zimmermann, der 1932 zur SAP stieß. Nach dem 30. Januar 1933 begann für ihn und andere die illegale Tätigkeit. Zusammen mit Heinrich Uetzfeld und der Pädagogin Dr. Maria Grollmuß bildete er einen Kreis, der versuchte SAP-Material von Max Seydewitz und Anna Siemsen zu verbreiten. Am 27. Dezember 1933 wurde Alexander Zimmermann verhaftet und zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt (Vgl. Sandvoß S. 107 und S.110).

Rote Kämpfer

In der Selchower Straße wohnte zwischenzeitlich Ernst Froebel (Vgl. Sandvoß S. 241). Ernst Froebel gehörte zu den Roten Kämpfern, an deren Spitze Alexander Schwab und Dr. Karl Schröder standen. Die rätekommunistische Gruppe Rote Kämpfer hatte eine antikapitalistische und antibolschewistische Orientierung. Diese ca 400 Personen umfassende Gruppe forderte ein einheitliches Vorgehen der Arbeiterbewegung gegen den Faschismus, sah aber die Chance diesen zu verhindern als gering an. Aufgrund ihrer streng konspirativen Arbeit blieben die Roten Kämpfer bis 1936 von der Gestapo unentdeckt. Auch Ernst Froebel wurde 1936 wegen seines Widerstands gegen die Nazi-Diktatur zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Prozess gegen „Froebel und andere“ gelang es ihm seine wichtigen Funktionen als Leiter des Sicherheitsdienstes und Auslandskurier der Reichsleitung der Roten Kämpfer zu verbergen (Sandvoß S. 119). Nach seiner Haftentlassung wohnte er für kurze Zeit in der Selchower Straße. Obwohl er für „wehrunwürdig“ erklärt wurde, schickte man ihn während des Zweiten Weltkrieges in das Strafbataillon 999 nach Tunesien.

Aber nicht nur politisch Aktive der Arbeiterbewegung leisteten Widerstand. Die in der Oderstraße 34 wohnende Dorothea Fonden hatte mit 2 anderen Neuköllnern 1943 ein Spottgedicht auf die Nazi-Diktatur verfasst. Am 4. Oktober 1943 wurde sie und die anderen wegen „Wehrkraftzersetzung“ zum Tode verurteilt. (Vgl. Sandvoß, S

248 f). Die in der Oderstraße wohnende alte sozialdemokratische Familie Köhler versteckte immer wieder tagesweise verfolgte Juden und Jüdinnen (Sandvoß S. 256). In der Emser Straße 62 bot Anni Nimz der verfolgten Jüdin Steffi Colm ein halbes Jahr Unterschlupf (Vgl. Sandvoß S. 253). Im Plattengeschäft in der Allerstraße 8 -9 Plattengeschäft hatte die Angestellte Luise Girbig die Ende Februar 1943 stattfindenden Massenverhaftungen Berliner Juden („Fabrik-Aktion“) kritisiert und sich kritisch über die Bombenangriffe der Alliierten geäußert. Eine Kundin, angestachelt von ihrem Ehemann, der zur NSDAP gehörte, denunzierte Frau Girbig. Am 8. Juni 1943 wurde sie vom Berliner Sondergericht II wegen „Verbreitung unwahrer staatsabträglicher Behauptungen“ zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. (Vgl. Sandvoß, S. 245 f.)



Literatur

Hans-Rainer Sandvoß, *Widerstand in Neukölln, Berlin* 1990.

Hans-Rainer Sandvoß, *Die „andere“ Reichshauptstadt. Widerstand aus der Arbeiterbewegung in Berlin von 1933 bis 1945, Berlin* 2007.

VVN-Westberlin / Verband der Antifaschisten und Neuköllner Kulturverein, *Widerstand in Neukölln, Berlin* 1987.

<https://maps.google.de/maps/ms?msid=208446344321059587778.0004a96f1cc0a4ef8ab71&msa=0&dg=feature>

Auflistung nach Straßen

Mahlower Straße

Mahlower Straße 23, Wohnlaube Walter Lengies.

Selchower Straße

Bruno Jacubeit (Selchower Straße 4) gehörte zu den Zeugen Jehovas. Die Zeugen Jehovas lehnten den weltlichen Eid ab und verweigerten sich daher auch der NS-Diktatur. Der Führergruß wurde abgelehnt. Das Regime reagierte vor allem empfindlich auf die Verweigerung des Wehrdienstes. Bruno Jacubeit kam für insgesamt 3 Jahre und 2 Monate ins Gefängnis. (Verbreitung verbotener Schriften, Wehrkraftzersetzung) (Vgl. Sandvoß S. 223) Ernst Froebel

Herrfurthstraße

Herrfurthstraße 23 Wohnung Erich Hempel (Rot Sport Leiter).
Herrfurthstraße 11 (b. M. Sawatzki)
Illegale Postanlaufstellen der KPD
Hermann Krugmeier Hafanstalt
Moabit 29. September 1938

Kienitzer Straße früher Steinmetzstraße

Kienitzer Straße Ecke Hermannstraße
Zusammenkunft von Arbeitersportlern zu Übungsabenden
Steinmetzstraße 11 Fritz Naujoks
Otto Nickel während der Haft im Krankenhaus verstorben 29. Januar 1936
Herbert Wallmann in Spanien gefallen
- Internationale Brigaden 1938
Max Wilkert KZ Neuengamme 28. Februar 1943

Allerstraße

Allerstraße 8 -9. Plättgeschäft Luise Girbig
Heinrich Jüngling KZ Neuengamme
8. Februar 1942



Okerstraße

Okerstraße 33 Leseabende und politische Diskussionen bei dem Sattler Siegfried Flade

Warthestraße

Warthestraße 11 Erich Ziegler KJVD
Herbert Tschäpe politischer Leiter des KJVD Unterbezirk Neukölln?

Emser Straße

Emser Straße 42 Anni Nimz

Weisestraße

Fritz Bischoff
Kurt Sieste Strafbataillon 999 - verschollen 2. April 1945
Willi Wünsch Strafbataillon 999 7
Tod in Bornholder Februar 1943

Schillerpromenade

Schillerpromenade 10 illegale Postanlaufstelle.
Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit (S. 32) (Arbeitssportler)
Genezareth Kirche Singkreis der Neuköllner SA)
Schillerpromenade 42 Eberhard Hesse Neu Beginnen
Schillerpromenade 5 Alexander Zimmermann
Sozialistische Arbeiterpartei SAP
Herbert Stammnitz Zuchthaus Sonnenburg wahrscheinlich vergast 1940
Walter Schratz Strafbataillon 999 - in Mazedonien gefallen 30. Oktober 1944

Lichtenrader Straße

Lichtenrader Straße 44 Hans Loriades KJVD

Oderstraße

Oderstraße 34 Dorothea Fonden.
Familie Köhler
Oderstraße 47 Wohnhaus Rudolf Thon (Org und Neu Beginnen)
Alfred Müller Strafbataillon 999 3. Oktober 1944



90 Jahre Stadt und Land. Ein Grund zum Feiern für die Mieter?

Die STADT UND LAND Wohnbauten-Gesellschaft mbH gehört zu den sechs Wohnungsgesellschaften des Landes Berlin. Das Unternehmen verfügt über rund 40.000 eigene Wohnungen, in denen über 100.000 Mieterinnen und Mieter zu Hause sind. Die Bestände der STADT UND LAND prägen den Süden und Osten Berlins. Sie konzentrieren sich auf Neukölln, Tempelhof-Schöneberg, Trepow-Köpenick, Hellersdorf und Steglitz.

Seit der Gründung im Jahr 1924 fühlt sich die STADT UND LAND dem sozialen Gedanken im hohen Maße verpflichtet. „Die bewusste Pflege des Miteinanders und großes Engagement für die Gemeinschaft sind Teil unserer 90-jährigen Geschichte und unseres Selbstverständnisses. Dafür setzen wir uns auch heute ein. Als kommunales Unternehmen legen wir Wert auf die gute Nachbarschaft von Menschen unterschiedlicher sozialer und kultureller Herkunft, von Jung und Alt, Familien und Singles. Wir fördern soziales und ökologisches Engagement, Nachbarschaftsinitiativen sowie kulturelle, sportliche und karitative Aktionen, die unsere Kieze lebenswert machen. Viele dieser Initiativen und Vereine werden von ehrenamtlicher Arbeit getragen. Ihnen gilt in diesem Jubiläumsjahr unsere tatkräftige Unterstützung.“

Soweit so gut wie sieht es hinter der Fassade aus

Im Herbst letzten Jahres rühmte sich der rot-schwarze Senat noch mit der Schaffung seines „Bündnisses für bezahlbare Mieten“. Stadtentwicklungssenator Michael Müller (SPD) sagte damals: „Zusammen mit den sechs städtischen Wohnungsbaugesellschaften haben wir mit dem Mietenbündnis ein Instrument der sozialen Wohnungspolitik erarbeitet und umgesetzt, durch das wir positiv auf die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt einwirken können.“ Auch in ihrem im September vom Abgeordnetenhaus verabschiedeten Wohnungsbaukonzept hob die Koalition auch die Verantwortung der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften hervor.

Die Realität sieht jedoch anders aus. Seit 2009 gab es pro Jahr rund 3000 Klagen der Wohnungsbaugesellschaften gegen ihre Mieter/innen sowie 4600 Zwangsräumungen seit 2009

Also keine bedauerlichen Einzelfälle. Allein die sechs landeseigenen Wohnungsunternehmen, die sich einer besonderen Verantwortung gegenüber den MieterInnen verschrieben haben, setzten im vergangenen Jahr 887 Räumungen durch. Bei Stadt und Land (39 370 Wohnungen) gab es 76 Räumungen. Zu Schuldigen werden immer nur die MieterInnen gemacht. So erklärte eine Wohnungsbaugesellschaft, eine Wohnungsräumung sei immer „eine Ultima-Ratio-Maßnahme“, die erst am Ende eines langen Vermittlungsprozesses stehe. Wenn dieser Prozess scheitere, liege es daran, dass MieterInnen nicht bereit seien, die ihnen zustehende Unterstützung vom Amt in Anspruch zu nehmen.

Wie ernst Stadt und Land ihrer sozialen Verantwortung nimmt, zeigte sich auch bei dem Umgang mit einer von Zwangsräumung bedrohter Familie aus der Kopfstraße. Nachdem S & L die Familie 2 Monate hingehalten hatte, weil die Wohnung angeblich renoviert werden musste, erhielten sie folgenden Brief:

„Sehr geehrte Familie E,
am 21.01.2014 stellen Sie bei uns einen Antrag auf Wohnraum. Wir teilen Ihnen mit, dass wir Sie nicht mehr für die Wohnung in der Falkstraße 22 berücksichtigen können.

Der Wohnraum musste für Flüchtlinge umgehend zur Verfügung gestellt werden, da wir als kommunales Wohnungsunternehmen verpflichtet sind, in Zusammenarbeit mit dem Land Berlin über die Vergabe abzustimmen. Wir bitten Sie, sich mit anderen Wohnungsunternehmen in Verbindung zu setzen, da wir in absehbarer Zeit ihnen keinen geeigneten Wohnraum zur Verfügung stellen können.“

Das ganze kann nur noch als Verlade bezeichnet werden. Wobei gerade Stadt und Land in den vergangenen Jahren nie die zugesagten Wohnungen für Flüchtlinge zur Verfügung stellte.

Haben sie schon etwas von dem Mietenbündnis gehört? Ist auch auf der Website von S & L schwer zu finden und wie immer nur in deutscher Sprache. Ob dieses überhaupt an alle Haushalte verschickt wurde, ist fraglich. Mit dem Mietenbündnis, das S & L mit dem Senat abschloss und jetzt nach einem Jahr mit großem Tam Tam gefeiert

wurde, läuft nicht alles rund. Dabei soll doch jetzt alles besser werden, die Mieterhöhungen können begrenzt werden und niemand soll mehr als 30% seines Jahreseinkommens für die Kaltmiete ausgeben müssen. Dumm nur, dass in der Broschüre des Senats darauf hingewiesen wird, dass es darauf keinen Rechtsanspruch gibt und es empfohlen wird, sich an seine Wohnungsbaugesellschaft zu wenden. Es ist also davon auszugehen, dass ein Verstoß gegen diese Vereinbarung keine Konsequenzen haben wird, wie auch schon bei mehreren vorherigen Übereinkünften zwischen Senat und z.B S & L.

Da gibt es noch Nachholbedarf

So wurde gerade mal bei 8 Mietparteien, die Sozialleistung beziehen auf eine Mieterhöhung verzichtet. Sonst ist S & L gerne dabei, die Miete weiter zu steigern. Das nennt sich dann Mietoptimierung und dafür haben sich S&L auch den richtigen Geschäftsführer geholt, den Herrn Malter, der seine Sporen bei Goldmann Sachs und der GSW verdient hat. Besonders liegt ihm auch die soziale Mischung der Quartiere am Herzen. Es freut ihn, wenn immer mehr Wohnungen aus der Sozialbindung genommen werden, weil dann auch Menschen Wohnungen mieten können, die keinen WBS (Wohnberechtigungsschein) haben. Diese zahlen etwas mehr Miete und Menschen mit geringeren Einkommen haben dann das Nachsehen. Schon heute ist die Miete im Rollbergviertel bei Neuvermietungen so hoch, dass das Jobcenter mit ih-

ren Sätzen die Miete nicht mehr übernimmt. Auch beim Zukauf oder dem Neubau von Wohnungen setzt S & L eher auf teurer Wohnungen. So ist folgende Meldung zu finden: „Zusätzlich erwarb das Wohnungsunternehmen zwei Grundstücke mit einer Größe von insgesamt rund 50.000 m² im Bezirk Treptow-Köpenick, auf denen rund 400 Wohnungen und 40 Gewerbeeinheiten entstehen sollen. In Tempelhof wurden kürzlich zwei Gebäudeensembles mit 45 Wohnungen und fünf Gewerbeeinheiten gekauft. Beide Objekte sind repräsentative Altbauten in Form von viergeschossigen Häusern.“ Fragt sich nur für wen?

Mehr Miete braucht S & L

Die Mieten steigen aber das Angebot und der Service für Menschen mit geringen Einkommen wird nicht besser. Im Gegenteil, auch bei S&L werden vermehrt Menschen, die Hartz IV bekommen und nicht deutscher Nationalität sind, mit oft fadenscheinigen Begründungen abgewiesen. Dies geschieht sicher nur, um die soziale Mischung zu erhalten oder eben dann doch, um die Wohnungen an solvente MieterInnen zu vermieten. Was ist eigentlich noch sozial am sogenannten sozialen Wohnungsbau? So hatte S & L 2012 einen Umsatz von 238,4 Mill. Euro und erzielte einen Gewinn von 22 Mill. Euro, gleichzeitig schaffte es S & L auch noch, sein Eigenkapital zu erhöhen. So ist sicher noch genug Geld vorhanden, um weiter lukrative Häuser und Wohnungen zu kaufen. Dagegen

hätte auch wirklich niemand etwas, wenn S & L ihren sozialen Auftrag ernst nehmen und die Wohnungen für 5 € Warmmiete vermieten würde. Die Klagen über S & L sind noch vielfältiger und können hier nicht alle Platz finden. Wer uns aber in diesem Zusammenhang etwas mitzuteilen hat, sollte das tun. Wir sind immer an neuen Beschwerden, Klage und Missständen bei S & L interessiert und werden auch weiterhin über die Entwicklung von S & L berichten.



Bezahlbarer Wohnraum statt Leben auf der Straße

Text von AG Recht auf Wohnen für Psychiatriebetroffene und „Behinderte“ vom Berliner Ratschlag

Immer mehr Menschen, besonders auch Psychiatriebetroffene und „Behinderte“, sind von Wohnungslosigkeit betroffen und bedroht. Nach Schätzungen des Mieterbundes wurden im Jahr 2012 bundesweit ca. 70 000 Zwangsräumungen vollstreckt. Offizielle Statistiken gibt es dazu nicht, die Tendenz ist aber steigend. So lagen in Berlin die Fälle der von Obdachlosigkeit bedrohten Zwangsgeräumten im Jahr 2009 noch bei knapp über 5000. 2011 waren es schon fast 7000.

Durch diese Zwangsräumungen werden auch kranke Menschen obdachlos gemacht. Das hat schon zu Todesfällen geführt, wie im Fall von Rosemarie Fließ. Die gehbehinderte 67-jährige Frau verstarb nach ihrer Zwangsäumung. Die Proteste gegen Zwangsäumungen begannen wiederum mit Nuriye Cengiz, einer 63-jährigen Frau im Rollstuhl, der die Räumung drohte. Im Mai 2014 wurde Mohamed S. und seine Familie zwangsgeräumt. Er wohnte seit 36 Jahren in einer Wohnung in Charlottenburg und ist seit einem Schlaganfall schwerbehindert. Tina S. wurde einen Tag vor ihrer Zwangsäumung zwangsweise von der Polizei in die Psychiatrie eingeliefert. Die Ärzte konnten keine Suizidgefahr feststellen und entließen sie. Am nächsten Tag wurde Tina S. zwangsgeräumt, aufgrund versäumter Mietzahlungen durch die Ämter. Weitere Infos: <http://zwangsraeumung-verhindern.blogspot.de>

Psychiatriebetroffene sind besonders von dieser Räumungspraxis betroffen, andere werden davon „psychisch krank“. Ein Grund sind persönliche Krisen, die zu Eigengefährdungsprognosen durch den Sozialpsychiatrischen Dienst führen können und in der Folge zu einer Zwangseinweisung in die Psychiatrie. Dort wird oftmals eine gesetzliche Betreuung eingesetzt. Eine regelrechte „Maßnahme-Industrie“ (gesetzliche Betreuung, betreutes Einzelwohnen usw.) hängt an diesem rechtlichen, behördlichen, medizinischen und psychiatrischen Prozedere.

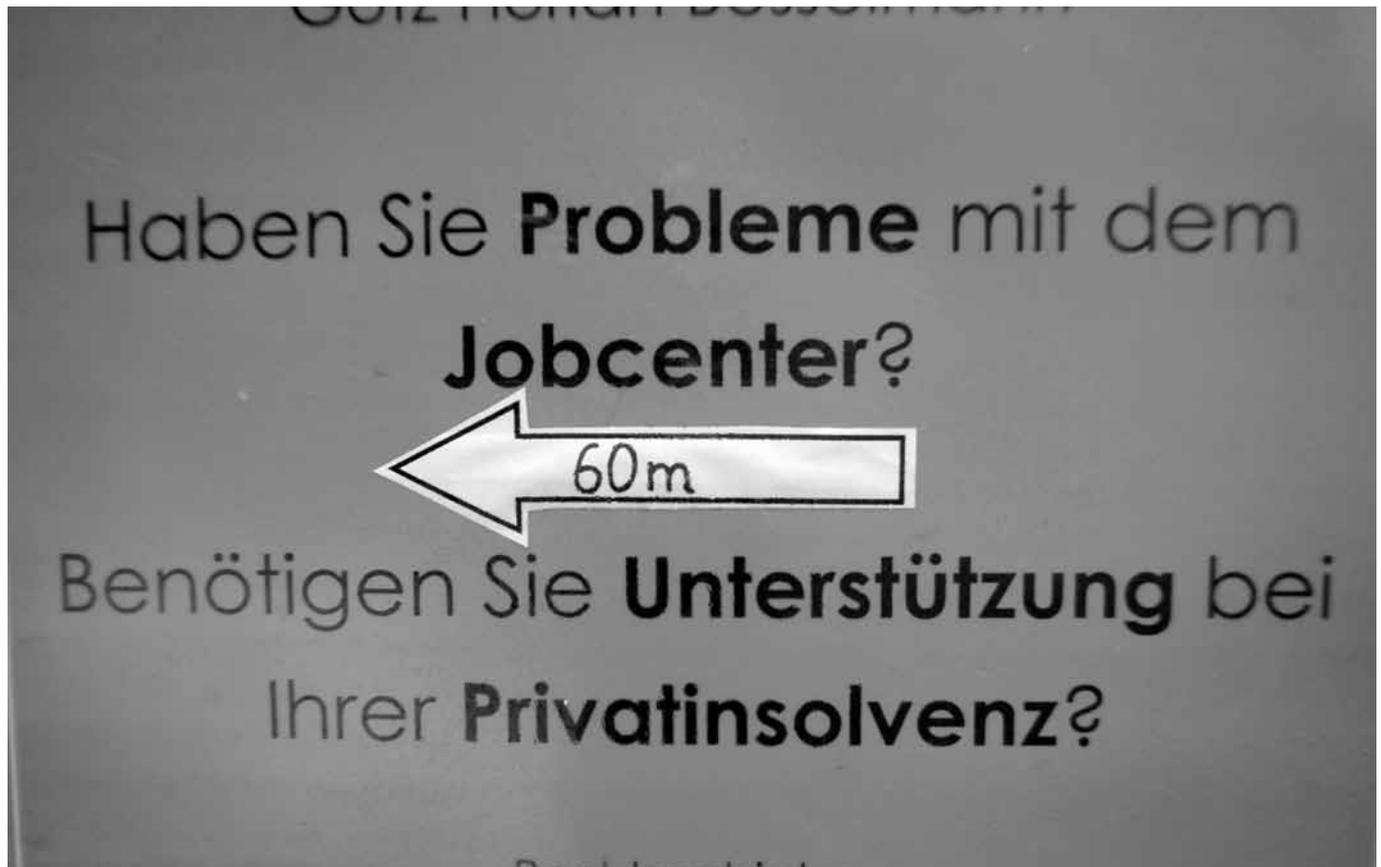
Die Einweisung in eine geschlossene psychiatrische Einrichtung und die folgende Entlassung kann zugleich mit Wohnungslosigkeit verbunden sein. Denn es kommt oft

vor, dass der Träger der sozialen Grundsicherung (z.B. Jobcenter) Mietzahlungen zwischenzeitlich einstellt, ohne dass die in geschlossene Abteilungen Eingewiesenen davon informiert werden und rechtzeitig darauf reagieren können. Oftmals kommen die Betroffenen erst in die Beratung, wenn sie schon obdachlos sind.

Ca 11.000 wohnungslose Menschen leben laut Senatsverwaltung für Soziales (vgl. taz vom 4.1.2014, Keine Frage des Geschlechts) in Berlin in Notunterkünften, die überwiegend von privaten Unternehmen betrieben werden. Dort herrschen teils unzumutbare Bedingungen, zum Beispiel katastrophale hygienischen Zustände (Feuchtigkeit, Schimmel, Wanzen etc.). In vielen Bezirken finden aufgrund von Personalmangel keine Prüfungen statt. (vgl. taz vom 19.5.2014, Abkassieren leicht gemacht) .

Das Betreiben von Obdachlosenunterkünften ist ein lukratives Geschäft: Laut Berliner Mietergemeinschaft kostet ein Platz pro Tag zwischen 20 und 30 Euro im Einzel- oder 12 bis 15 Euro im Mehrbettzimmer. Laut taz lagen die Kosten bei sechs bis 68 Euro pro Nacht. Wir wissen: Zwischen fünf bis 90 Euro gibt es alles, weil der Markt dereguliert ist. Bei 11 000 Wohnungslosen sind das pro Jahr 2-3 Stellige Millionenbeträge. Es gibt schätzungsweise 50-80 Millionen Euro, die für den Erhalt und Bau bezahlbarer Wohnungen einzusetzen sind, statt in das Geschäft mit dem Elend der Obdachlosigkeit !!! (Anzufangen mit 30 Millionen für einen Nothilfefonds)

Während es früher feste Sätze und Budgets im Sozialbereich gab, erfolgte nach 2005 eine fortschreitende Privatisierung der Dienstleistungen. Rund 60 Prozent der 130 Einrichtungen in Berlin gehören privaten Trägern, der Rest wird von freien Trägern wie der Diakonie oder der AWO betrieben. Die Auslastung liegt bei fast 100 Prozent. Offizielle Zahlen zur Wohnungslosigkeit werden in Berlin nicht erhoben. Die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales schrieb im März 2013, bereits seit 2009 sei „eine stetige Steigerung der Bedarfs an Unterbringungsplätzen für wohnungslose Menschen zu verzeichnen“. Dies hänge mit dem fehlenden Angebot an preiswertem Wohnraum zusammen, ebenso wie mit der längeren Verweildauer derer, die einmal in einem solchen Heim gelandet sind. Die jetzige Politik führt dazu,



dass die Betroffenen wieder verstärkt in Heimen (es gibt sogar „Geheimheime“, vgl. Tagesspiegel vom 9.3.2013, Unter Ausschluss) landen und in eine Ghettoisierung getrieben werden. Oder sie landen gleich auf der Straße.

Bezeichnend ist auch, wie die Polizei mit den Betroffenen umgeht. Die Polizei erfasst Hinweise zu Krankheiten in Datenbanken. „GKR“ steht für geisteskrank, „ANST“ für ansteckende Krankheiten. Von den 38 Menschen, die bundesweit zwischen 2009 und 2013 durch Polizisten getötet wurden, wurden etwa zwei Drittel als „geistig verwirrt“ bezeichnet. In Berlin wurden zwei Fälle bekannt, Andrea H. aus Reinickendorf und der nackte Mann am Neptunbrunnen. Verurteilt wurden die Polizisten wegen der Todesschüsse nicht, sie sind weiter im Einsatz...

Wir fordern:

Bezahlbaren Wohnraum statt Leben auf der Straße!

Vom Senat: Obdachlosigkeit durch Ämterhandeln vermeiden! Das Unterlassen von Zwangsräumungen! Miete nicht einstellen bei Krankenhausaufenthalt! Einrichtung eines Nothilfefonds zur Vermeidung von Obdachlosigkeit (durch Ämterversagen)! Bezahlbare Sozialwohnungen statt Obdachlosigkeit finanzieren! Ferienwohnungen und Leerstand der sozialen Wohn-

versorgung zur Verfügung stellen! Kontrolle der Obdachlosenunterkünfte in Berlin für menschenwürdige Wohnbedingungen!

Vom Bund: Die Einrichtung eines Nothilfefonds für von Obdachlosigkeit bedrohten Menschen, die durch Behördenhandeln ihre Wohnung zu verlieren drohen! Die sofortige Rücknahme der letzten Mietrechtsverschärfung, die zu vermehrten Zwangsräumungen führt! Keine Abschaffung des § 5 Wirtschaftsrecht, der gegen Mietwucher und Ausnutzung von Notlagen schützen soll! Recht auf Wohnen für alle realisieren durch marktunabhängige Finanzierung von bezahlbarem Sozialwohnungsbau, wie z.B. in Salzburg/ Österreich (www.nichts-laeuft-hier-richtig.de/#salzburg)

Termine

Bezahlbarer Wohnraum statt Leben auf der Straße - Veranstaltung am 29.10. 2014 um 19 Uhr im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, U-Bhf. Mehringdamm

Abzocke mit der Obdachlosigkeit leicht gemacht - Veranstaltung am 4.11.2014 um 19 Uhr im Nachbarschaftshaus Urbanstr. 21



Stille Wohnungsbesetzungen in der DDR

Gegenwärtig feiert die herrschende Politik 25 Jahre Mauerfall und den Siegeszug der neuen Ordnung in der DDR, die sie Demokratie nennen. Eine heutige Gesellschaft, die sich durch eine enorme soziale Spaltung „auszeichnet“. Die sichtbare Armut in Berlin wächst. In der DDR schützte dagegen die „Rundumversorgung“ vor sozialer Verelendung. Ein Dach über dem Kopf, ein sicherer Arbeitsplatz und genügend Essen sorgten lange für die Stabilität des autoritären Systems. Die Mehrheit der DDR-BürgerInnen zeigte eine „mißmutige Loyalität“, sie schrieben Eingaben, unterliefen die Arbeitsdisziplin, zogen sich in ihre Kleingärten zurück oder stellten sogar Ausreiseanträge. Heute verlangen sie die Einbeziehung ihrer Erfahrungen. Sie hätten in der DDR ein „ganz normales Leben“ geführt und keinerlei Repressionen erfahren. Dabei erinnern sie sich insbesondere an die soziale Sicherheit.

„Man stelle sich ein Land vor, in dem man einfach in einer leer stehende Wohnung einziehen kann, ohne Mietvertrag, ohne Wasser und Strom zu bezahlen. Das einzige, was man braucht, ist eine polizeiliche Anmeldung. Das ist oft reine Formsache, im Notfall helfen kleine Tricks.“ So beginnt Udo Grashoff sein Buch „Schwarzwohnen“. Als ich 1985 aus der DDR-Provinz nach Ostberlin kam, war es für mich als Jugendliche kaum möglich, eine Wohnung zu bekommen. Die Wartelisten der staatlichen Wohnraumlentung waren lang. Bevorzugt wurden junge Familien. Daher besetzte ich, wie viele andere Jugendliche aus der Provinz, leerstehenden Wohnraum. Diese stillen Wohnungsbesetzungen waren Teil eines Komplettausstiegs aus staatlichen Strukturen und Freiheiten, hinein in eine Parallelgesellschaft in der DDR, die aus Wohnungsbesetzungen, Aussteigerjobs, Wehrdienst-

verweigerungen, Subkultur, viel Freizeit, Bildung und Reisen innerhalb der Möglichkeiten bestand. Thomas Brussig schreibt über die Zeit in der DDR: „Es war von vorn bis hinten zum Kotzen, aber wir haben uns prächtig amüsiert.“ Schon zu DDR-Zeiten gab es eine Subkultur, die aus dem System ausbrach.

Unterwanderung der staatlichen Wohnraumlenkung

Eine Wohnungszuweisung in der DDR war ein staatlicher Gnadenakt. Von 1971 bis 1990 wurden zwei Millionen Wohnungen in der DDR neu gebaut, gleichzeitig verringerte sich die Anzahl der bewohnbaren Altbauwohnungen um eine Million und viele bewohnte Altbauwohnungen waren in einem sehr schlechten Zustand. Die Altbausubstanz verfiel. Die Mieten waren sehr niedrig, so bezahlte ich Mieten von 21 bzw. 32 DDR-Mark, andererseits war der Standard der Wohnungen sehr schlecht. Es gab in der DDR einerseits ein Recht auf Wohnen, auch keine Zwangsräumungen von legalen MieterInnen, aber andererseits eine Kriminalisierung „asozialen“ Verhaltens. Das Leben auf der Straße stand unter Strafe. „Danke für 28 Jahre ohne Obdachlosigkeit, Suppenküchen und Tafeln“, so titelte die „Junge Welt“ am 13./14. August 2011 zum 50. Jahrestag des Baus der Berliner Mauer. Es gab in der DDR tatsächlich kaum Obdachlose, selbst Alkoholiker und ehemalige Strafgefangene hatten Wohnungen, was oftmals zum Neid der BürgerInnen führte. Andererseits führte die staatliche Wohnraumlenkung zu langen Wartezeiten, so dass junge Kinderlose und Alleinstehende kaum Chancen auf eine eigene Wohnung hatten. Dafür gab es zwei Lösungsansätze. Sie gründeten früh eine Familie, um eine Wohnung zu bekommen. Das war bevölkerungspolitisch vom Staat so gewollt. Frühe Heirat, Elternschaft und Erwerbstätigkeit, ein schnelles Überspringen der vielleicht aufmüpfigen Jugendphase. Oder sie besetzten still Wohnraum. Der hohe Leerstand bei gleichzeitig permanentem Wohnungsmangel war ein typisches Problem der Zentralverwaltungswirtschaft der DDR. Die Wohnraumvergabe wurde staatlich gesteuert und es kam immer wieder zu Verzögerungen bei der Neuvermietung leer stehender Wohnungen. Die Unterwanderung der staatlichen Wohnraumlenkung wurde seit Anfang der 1970er Jahre von tausenden Bewohnern der DDR praktiziert. Bei den meisten „Schwarzwohnungen“ handelte es sich um heruntergekommene, wenig attraktive Wohnungen, die oft erst nach umfangreichen Instandsetzungsarbeiten bewohnt werden konnten.

Das Risiko, seine Wohnung zu verlieren, ist heutzutage mit Sicherheit größer als zu DDR-Zeiten. Aber zu behaupten, dass es zu DDR-Zeiten keine Wohnungsnot

gegeben habe, zielt an der sozialen Realität in der DDR vorbei. So kritisierten viele Eingaben die Wohnungsnot. Menschen drohten nicht zur Wahl zu gehen, wenn sie keine Wohnung bekommen. Oder sie stellten einen Ausreiseantrag und forderten eine Wohnung im Gegenzug...

Staat verlor den Überblick

Udo Grashoff hat 40 Interviews mit Zeitzeugen geführt, 34 davon finden in seinem Buch Verwendung. Zudem hat er Akten von Abteilungen für Wohnungspolitik und des MfS ausgewertet.

Bei den Interviews lassen sich Wohnungsbesetzungen bis in die späten 1960er Jahre zurückverfolgen. In den Akten tauchen diese erstmals Anfang der 1970er Jahre auf.

Laut einer Geheimstudie der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED waren im Juni 1985 3,6 Prozent des Wohnungsbestandes in der DDR nicht bewohnt. 1990 schätzte eine Kommission der Bundesregierung den Leerstand in der DDR auf sechs Prozent. In Großstädten war die Leerstandsquote noch höher, in Leipzig zum Beispiel bei ca. zehn Prozent.

Im Februar 1987 standen im Prenzlauer Berg ca. 8.000 Wohnungen leer, 3.430 hatten bauliche Schäden, 415 waren gesperrt, 2.662 befanden sich im Umbau bzw. waren dafür vorgesehen. 1.270 Wohnungen waren in Wirklichkeit bewohnt, mit „ungeklärten Mietverhältnissen“ hieß es amtlich.

1979 hatte es in Friedrichshain 534 unberechtigte Wohnungsbezüge gegeben, in 75 Fällen erfolgte eine Räumung 158 bekamen eine Ordnungsstrafe bis zu 300 DDR-Mark, in 302 Fällen wurde nachträglich eine staatliche Zuweisung erteilt. Schätzungsweise gab es mehrere tausend illegal bezogene Wohnungen in den 1980er Jahren in Ostberlin.

Die staatlichen Behörden verloren den Überblick, wer in den auffälligen Häusern wohnte. Die Stasi registrierte zwar Schwarzbezüge, unternahm aber meistens nichts, außer es kam zu staatsfeindlichen Aktivitäten in den Häusern. Ordnungsstrafen fielen moderat aus.

Wohnungsbesetzer: selten zwangsgeräumt

Im Zivilgesetzbuch der DDR hieß es in Paragraph 123, Absatz drei: „Die Räumung einer Wohnung im Wege der Vollstreckung setzt die Zuweisung anderen Wohnraums voraus.“ Es durfte niemand auf die Straße gesetzt werden. Im Jahre 1979 mussten 86 Prozent der Wohnungs-

besetzer ihre Wohnung nicht räumen. Die Chance, nach einer Wohnungsbesetzung in der Wohnung bleiben zu können, war also sehr hoch. Nur wenn eine Institution, zum Beispiel ein Betrieb, Anspruch auf die Wohnung erhob, hatte man schlechte Karten. Räumungen auf dem Anordnungsweg, Zwangsräumungen waren in der DDR äußerst selten, meistens zogen die Schwarzwohner wieder aus. Häufig erfolgten die Räumungen nicht aus ordnungspolitischen Gründen, sondern wegen Gefahr des Lebens der Bewohner.

Udo Grashoff schreibt: „Die Wege zur Legalisierung eines illegalen Wohnungsbezugs waren vielfältig, die Erfolgsaussichten beherzter Selbsthilfe relativ hoch und die Verhandlungsspielräume beachtlich.“ Die stillen Besetzungen waren ein Bestandteil des Widerstandes in der DDR, insbesondere die Subkultur und Kulturopposition schuf sich hier Freiräume. Es entstanden Galerien, Ateliers, Proberäume, es fanden Theateraufführungen statt. Die schwarz bewohnten Häuser wurden zu „Inseln anarchistischer Jugendkultur“. Sobald aber als „staatsfeindlich“ eingestufte Aktivitäten der Bewohner stattfanden, erfolgten staatliche Repressionen. Das es nicht zur Repression gegen stille Wohnungsbesetzungen kam, hatte natürlich etwas mit den Eigentumsverhältnissen zu tun.

Ich besetzte sogar mit anderen Jugendlichen Wohnungen in einem der „Alscher-Häuser“, die treuhänderisch verwaltet wurden und deren Besitzer bzw. Erben oft in der Bundesrepublik lebten. Dort gelang ebenfalls die Legalisierung... Wohnungsbesetzungen in der DDR erfolgten still und heimlich, als politischer Akt waren sie in der DDR nicht möglich. Als 1990 die Hausbesetzer aus dem Westen kamen, gerieten die stillen Wohnungsbesetzer aus dem Osten in Vergessenheit. Allein in der Zeit zwischen Mauerfall und Wiedervereinigung wurden 130 Häuser besetzt, da ein „Machtvakuum herrschte“. Es gab eine Zeit, da war die DDR das freieste Land der Welt, nämlich als die alte Ordnung zerschlagen war und eine neue sich noch nicht etabliert hatte.

Literaturtipp

Udo Grashoff, Schwarzwohnen. Die Unterwanderung der staatlichen Wohnraumlentung in der DDR, V&R unipress, Göttingen 2011



„Hier soll's ja auch nicht zu gemütlich werden“

Ein Gespräch mit Sascha, einem Besucher eines Obdachlosenheims, und Max, einem ehemaligen Bewohner eines Obdachlosenheimes. Max wurde bereits in Nummer 8 der Randnotizen (Januar 2013) interviewt.

Randnotizen: Sascha, du besuchst eine Bekannte im Obdachlosenheim?

Sascha: Ich komm' rein, geh' den Gang runter und kommuniziere mit dem Pförtner. Mit ein paar Bewohnern habe ich mich unterhalten. Mit dem System der Hausordnung, die sehr rigide ist, fliegen die Leute nach drei Sanktionen raus. Wenn die Leute sanktioniert werden, was ist dann?

Max: Ich kenn' die Situation aus eigener Erfahrung. In dem Obdachlosenheim sah es so aus, was die nicht machen, dass sie Namen an eine schwarze Liste weitergeben. Es gibt keine schwarze Liste. Bei drei Mal Randalieren, dann hat man Hausverbot. Eine schwarze Liste in Form von Hausverbot gibt es standortbezogen oder trägerbezogen. Wenn ein Träger vier Obdachloseneinrichtungen hat, dann sagen sie das eventuell weiter. Wenn es wirklich heftig gewesen ist, dann gibt es nicht nur ein Hausverbot, dann kommt die Polizei ins Spiel, Gewarhaft, Untersuchungshaft bei Körperverletzung. Wenn es in den psychischen Bereich geht, dann geht es eventuell in die Psychiatrie. Entweder Straße, Justiz oder Psychiatrie, da muss in der Regel was Heftiges vorgefallen sein.

Randnotizen: Was meinst du mit rigider Hausordnung?

Sascha: Das Haus, der Zustand ist o.k., 12 m² Einzelzimmer mit Balkon. Aber die totale Eingrenzung, die normativ bei allen gesetzt wird. Bei einigen müssen durchaus auch Grenzen gezogen werden, aber es ist ein Skandal, dass alle davon betroffen sind. Als Besucher mußt du den Personalausweis abgeben, dann wird der Name aufgeschrieben und dann kannst du das Gebäude betreten, aber du mußt in die Richtung gehen, wo das Zimmer ist. Es ist keine echte Bewegungsfreiheit.

Max: Das ist genau die Erfahrung, die ich habe, als ich Leute besucht habe. Du mußt sagen, wohin du willst. Manchmal mußt du Vor- und Nachnamen und die Zimmernummer wissen. Beim Betreten des Gebäudes mußt du den Personalausweis abgeben, es sei denn du bist dem Pförtner und Wachdienst bereits bekannt. Sie legen Wert darauf, dass du die Bewohner nicht belästigst.

Randnotizen: Wie ist das Zimmer deiner Bekannten eingerichtet?

Sascha: Sie hat ein Einzelzimmer, ist in Ordnung, aber spartanisch wenig. Großer Kleiderschrank. Bett. Tisch. Ein Stuhl. Ein Regal. Sie hat ein Badezimmer dabei.

Randnotizen: Was sind die Regeln?

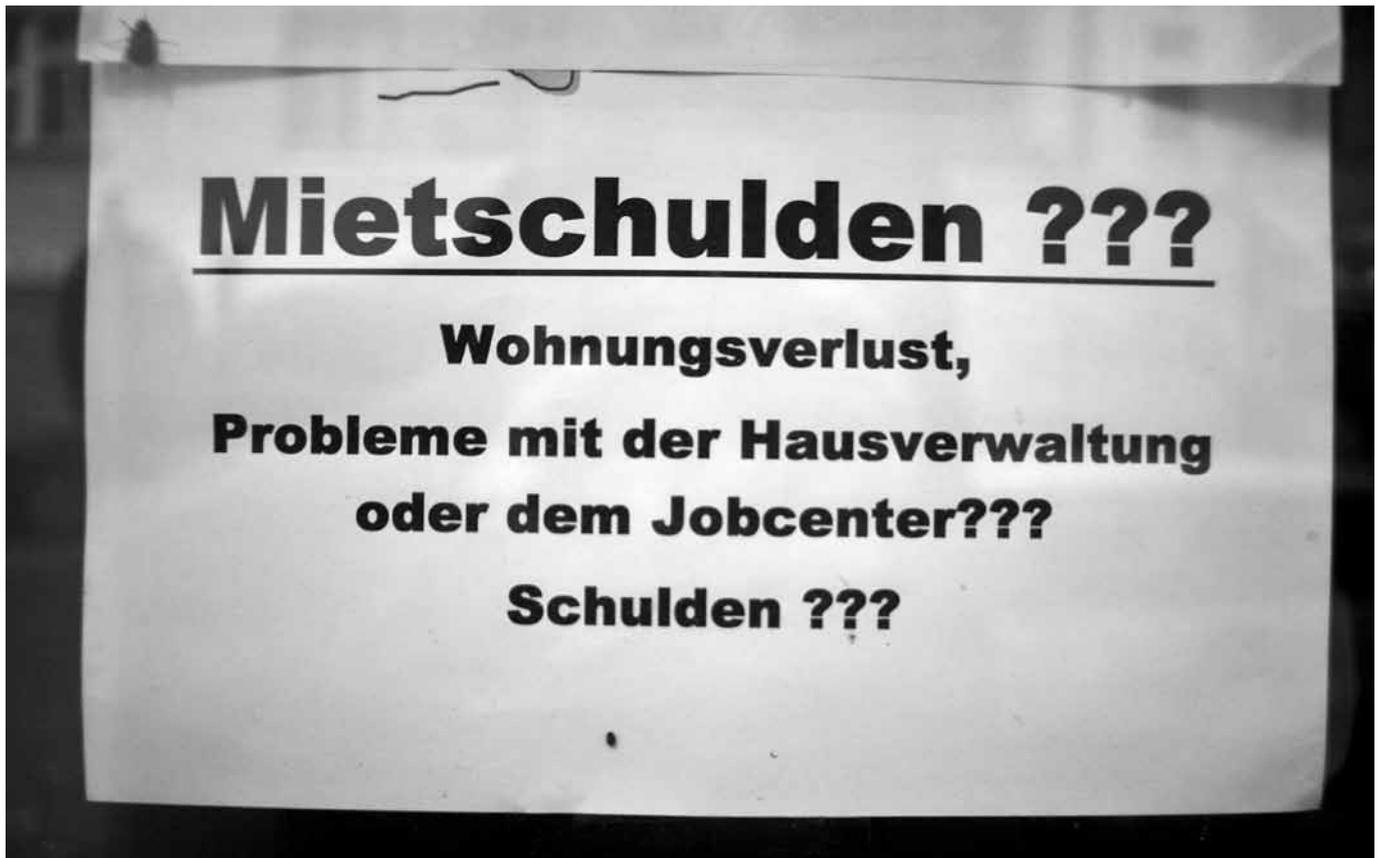
Sascha: Sie muss sich an- und abmelden. Es darf keiner übernachten. Wenn einer übernachtet, gibt's eine Abmahnung. Bei drei Abmahnungen gibt's einen Rauswurf. Und totale Zimmerkontrolle. Obdachlos zu sein, heißt nicht, dass die Menschen zu Irren gemacht werden, es muss ein Grundvertrauen da sein. Die Menschenrechte werden mißachtet.

Randnotizen: Du kritisierst, dass alle betroffen sind?

Sascha: Aus der Gruppe der Wohnungslosen, die da drin sind, wird an den Problematischsten von allen der Maßstab genommen. Das Grundvertrauen, dass der Staat in seine Bürger haben muss, ist nicht da. Nicht alle sind problematisch.

Max: Bei mir sah es fast genauso aus. Besuch nur bis 22 Uhr. Das ist, soweit ich weiß, eine generelle Regelung, gilt für alle. Bewohner haftet für die Besucher.

Sascha: Man könnte die Leute vernünftig unterbringen. Indem man die Leute in Ruhe lässt und diese Saufgelage ertragen muß. Jeder Obdachlose hat das Recht, Alkohol zu trinken. Es gehört sich nicht, Menschen ihre Rechte zu nehmen.



Randnotizen: In Obdachlosenheimen ist Alkoholkonsum verboten?

Max: Verboten ist Drogenhandel. Legale Drogen werden durchaus toleriert, sofern der Konsum dieser Drogen keine gemeingefährlichen, sachbeschädigenden, körperverletzenden Folgen hat. Ist nicht erwünscht, aber wird toleriert. Nur solange es keine schädlichen Folgen für die Bewohner und Einrichtungen hat. Man sollte im Flur nicht mit offener Bierflasche rumlaufen. Im eigenen Zimmer ist es erlaubt, nicht auf dem Flur, in den Gemeinschaftsräumen, nicht mit der Flasche am Pförtner vorbeilaufen.

Randnotizen: Wieviel kostet denn das Einzelzimmer deiner Bekannten?

Sascha: 700 Euro kostet das Einzelzimmer.

Max: Da muß man differenzieren, Kosten für das Einzelzimmer und die sozialpädagogische Betreuung. Niedrigschwellige Unterkünfte haben nur sozialpädagogische und sozialarbeiterische Betreuung. Therapie findet da so gut wie nicht statt. Selbst in der sozialtherapeutischen Einrichtung, in der ich jetzt bin, gibt es keine Therapeuten. Der Träger hat ca. 500 Mitarbeiter, von denen sind

vielleicht zehn Therapeuten. Die sind dann meistens in Beschäftigungstagesstätten für psychisch und seelisch Behinderte angestellt. Wenn jemand einen Arbeitsplatz in einer Behindertenwerkstatt hat, ist da ein Therapeut angegliedert. Wobei, Sozialpädagogen haben oftmals eine therapeutische Zusatzausbildung.

Randnotizen: Welche Erfahrungen habt ihr mit Sozialpädagogen gemacht?

Sascha: Die Leute werden einfach zu normativ eingegrenzt und zum Problem gemacht. Das ist genau das Gegenteil, was notwendig wäre. Die Psychatriebetroffenen überschreiten regelmäßig mit ihren sozialen Verhaltensweisen normative Grenzen. Und dann kommt es oftmals zum Bruch. Das führt zum Abbruch der Beziehung zwischen Therapeut, Sozialpädagoge und Klient. Die Leute landen in der Obdachlosigkeit. Man muss sich mehr an den Freiheitsansprüchen der Leute anpassen. Wenn man die Leute vernünftig betreut, steht auch die Gewalt nicht mehr so im Vordergrund.

Max: Ich habe einen hohen Verschleiß an Sozialarbeitern und teile sie in drei Gruppen. Mit ca. 50% bin ich weitestgehend zufrieden. Sie sind auf Seiten der Klienten, sie sind parteiisch, engagiert, zumindest interessiert.

Nicht jede/r weiß und kann alles. Manche sind gut in Schuldenregulierung, Verwaltungsrecht, Jobcenterbriefe. Manche interessieren sich für die Psyche, Kommunikation. Manche haben von fast nichts „ne Ahnung, machen aber praktisch was. Und es gibt die andere Hälfte. Ca. 30 Prozent sind im Prinzip abgestumpft, machen Dienst nach Vorschrift. Das sind die Älteren, die haben Burn-out, haben schon alles gehört. Nach 15 Jahren sollte man mit dem Beruf aufhören. Und dann sind ca. 20 Prozent, die keine Berufs- und Lebenserfahrung, den falschen Job oder nicht die richtige Institution haben. Das sind oft Berufsanfänger, die von nichts eine Ahnung haben und sich dafür auch nicht interessieren.

Randnotizen: Was stört deine Bekannte derzeit am meisten?

Sascha: Die ungeklärte Situation. Das ist gesellschaftlich diskreditiert. Es werden soziale Verhaltensweisen diskreditiert. Prekäres Verhalten wird skandalisiert. Was ist so schlimm, wenn Leute auf ihrer Couch sitzen und nachmittags schon Bier trinken. Warum muss eine Gesellschaft die so bekämpfen. Es werden gesellschaftliche Ansprüche an Menschen gestellt, die diesen Forderungen nie entsprechen werden.

Max: Sozialpädagogen erwarten von ihren Klienten Verhaltensweisen, die sie noch nicht einmal selber einhalten. Auch ich würde gerne die Wohnung meiner Sozialpädagogin inspizieren inklusive Alkoholkonsum und Besucherkontrolle, ob jemand übernachtet. Ich mache den Türsteher.

Sascha: Die Norm, die unsere Gesellschaft aufstellt, sind in Wirklichkeit von 30 bis 80% zu erfüllen. Der Rest wird normativ unter Druck gesetzt, so dass sie zusammenbrechen. Die dem Leistungsdruck am wenigsten entsprechen, sind die Wohnungslosen und die werden am meisten unter Druck gesetzt.

Max: Wer genügend Geld hat, der kann sich fast alles erlauben, wer mittellos ist, der muss aufpassen, was er tut. Aber es gibt noch ein weiteres Problem. Der Mietvertrag ist an den Betreuungsvertrag gebunden. Ich mache gerade eine von mir gewünschte Weiterbildung, beziehe Hartz IV und kriege damit keine passende Wohnung. Ich wohne in einer therapeutischen Wohngemeinschaft. Wenn ich stabil bin und fast kein Problem habe, dann muss ich mir überlegen, wie ich den Sozialarbeiter beschäftige. Die Sozialarbeiter bzw. die Träger, die müssen auch rechtfertigen, was sie machen bzw. dass sie etwas machen. Da kommt es vor, dass sie kleine Probleme auf-

bauschen, um den Betreuungsschlüssel, Beratungsstunden pro Woche oder Monat und die damit verknüpfte Vergütung nach oben zu treiben. Je mehr Probleme ich habe, um so besser werden sie vergütet. Da gibt es einen Zwiespalt. Ich kann die Wohnung nur so lange behalten, wie ich betreut werde. Wenn ich sage, 60 Minuten pro Monat reichen mir, dann rechne ich mich für die nicht, weil ich eine Wohnung benutze. Da werden Banalitäten hochgepuscht, damit die mehr Geld kriegen, zum Beispiel Klient putzt Fenster zu selten. Das ist ein Rechtfertigungsgrund, um 30 Minuten über die Fenster zu reden. Ich behalte meine Wohnung, die kriegen mehr Geld.

Randnotizen: Fallen euch noch Sprüche ein, die ihr im Obdachlosenheim gehört habt?

Sascha: Hier soll`s ja auch nicht zu gemütlich werden.

Max: Das hier ist kein Hotel.

Randnotizen: Danke für das Gespräch.

ANZEIGE



„Hier soll`s ja auch nicht zu gemütlich werden“



Das Geschäft mit der Wohnungsnot

Ein Streifzug durch Neukölln

Wer durch Neuköllner Straßen streift, trifft an fast jeder Ecke auf Beratungsstellen, die Hilfe bei „Mietschulden“, „Problemen mit dem Jobcenter“ sowie „Wohnungsverlust“ anbieten. Einige solcher Aushänge sind in dieser Ausgabe der Randnotizen abgebildet.

Beratungshochburg Neukölln

Die auffällige Dichte solcher Beratungsstellen kommt in Neukölln nicht von ungefähr. Der Bezirk hat in ganz Berlin die mit Abstand meisten der insgesamt 11.046 Wohnungslosen: Zum Jahresende 2013 waren in Neukölln 2047 Menschen wohnungslos. Gleichzeitig ist das Berliner Jobcenter das größte der Stadt mit den meisten „Kundinnen und Kunden“ und gilt nicht umsonst als das repressivste: Seit 2007 weist das Jobcenter Neukölln jedes Jahr mit ca. 85% die höchste Ablehnungsquote bei Anträgen auf Mietschuldenübernahme auf. Wessen Antrag

abgelehnt wird, der wird entweder zwangsgeräumt oder verlässt vorher „freiwillig“ die Wohnung, um die hohen Kosten für die Zwangsvollstreckung nicht auch noch zahlen zu müssen.

Auf der anderen Seite des staatlichen Hilfesystems tauchen die Menschen dann wieder auf: Neukölln ist der Bezirk, in dem am meisten Geld ausgegeben wird für freie Träger der Wohnungsnotfallhilfe. 30% aller Hilfeleistungen zur „Überwindung besonderer Lebensverhältnisse und sozialer Schwierigkeiten“ nach §67 SGB XII Berlins wurden im Jahr 2013 in Neukölln gezahlt. Insgesamt 26 freie Träger operieren auf dem Gebiet; sie erhalten einen Satz von knapp 25 Euro pro betreuter Person und Termin vom Bezirk, um Menschen zu helfen, die von Zwangsräumung und Wohnungslosigkeit bedroht sind oder keine Wohnung finden aufgrund „sozialer Schwierigkeiten“ und die ihren Lebensunterhalt nicht selbst bestreiten

können.

Keine Wohnungen, hilflose Träger

Dabei kommt es nicht selten vor, dass Mitarbeiter*innen dieser Träger eine Provision für jede Person erhalten, die sie „aquirieren“ und so viele Klient*innen gleichzeitig betreuen, dass sie keine Zeit für persönliche Termine haben. Auf individuelle Ausgangslagen der Betreuten kann bei dem hohen Arbeitspensum der Sozialarbeiter*innen oftmals nicht eingegangen werden: Wohnungsangebote werden standardmäßig an alle Klient*innen übermittelt, egal ob diese wegen ihrer vermeintlichen Herkunft in bestimmten Berliner Stadtteilen nicht sicher wohnen oder aufgrund ihres Gesundheitszustandes weite Fahrwege zu Besichtigungsterminen gar nicht auf sich nehmen können. Einige der Beratungsstellen verlangen darüber hinaus von ihren Klient*innen eine Pauschale von bspw. 10 Euro als Voraussetzung für jede Unterstützungsstätigkeit. Obwohl es selbstverständlich auch bemühte Mitarbeiter*innen bei Trägern gibt, stellt sich angesichts der Lage auf dem Neuköllner Wohnungsmarkt die Frage, was die freien Träger überhaupt für die Leute tun können: Eine Wohnung mit Hartz IV, Schufa-Eintrag und/oder aktuellen Mietschulden im Kiez zu finden, ist nahezu unmöglich. Da hilft es auch nicht viel, wenn ein eloquenter Sozialarbeiter von der „Bürgerhilfe“, „AWO“ oder „Casa Nostra“ persönlich bei der Vermieterin anruft.

Bleibt nur das „geschützte Marktsegment“, in dem die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften Wohnungen für Menschen, die sich selbst nur schwer mit Wohnraum versorgen können, vorhalten. Wartezeit für eine solche Wohnung in Neukölln aktuell: 1-2 Jahre. Gesamtzahl der Wohnungen: 1376. Vertragsabschlüsse im Jahr 2013: 1114. Zudem sind die Wohnungen über die gesamte Stadt verteilt (Hauptschwerpunkte liegen in Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf) und Marktsegmentberechtigte haben kein Recht, den Stadtteil, in dem sie wohnen möchten, zu wählen.

Wenn keine Marktsegmentwohnung gefunden werden konnte, bleibt auch für die freien Träger nach dem Wohnungsverlust nicht viel mehr, als einen Hostelplatz für maximal 25 Euro pro Person und Nacht zu suchen, weil die Wohnheime mal wieder voll sind.

Wer hilft eigentlich wem? Staatlich organisierte Verdrängung und staatlich geförderte Hilfe

Eine völlig fehlgeschlagene Wohnungspolitik, das repressive und sozialchauvinistische Handeln des Jobcenters,

fehlender Wohnraum sowie eine auf Mittelschichtsklientel ausgerichtete Geschäftspolitik bei den städtischen Wohnungsbaugesellschaften – der Staat produziert nicht nur in Neukölln aktiv Wohnungslosigkeit und soziale Notlagen. Er bietet gleichzeitig kaum Unterstützung für Menschen in diesen Notlagen an und verweist stattdessen auf Beratungs- und Betreuungsangebote freier Träger, die ihrerseits angesichts der Lage auf dem (Neuköllner) Wohnungsmarkt weitgehend hilflos sind. Im schlechtesten Fall geht es den Trägern nur um den vom Bezirk gezahlten Betreuungssatz.

Weder auf den Staat noch auf Träger kann vertraut werden, wenn es darum geht, eine Lösung für Probleme wie „Räumungsklagen“, „Wohnungslosigkeit“ und „Schwierigkeiten mit Ämtern“ zu finden. Stattdessen geht es darum, solidarische Strukturen aufzubauen, sodass wir selbst in der Lage sind, uns und anderen zu helfen und gleichzeitig die Ursachen von Armut und Ausgrenzung zu bekämpfen.

ANZEIGE



BERLIN In den letzten Jahren hat sich die Hauptstadt rasant verändert. Wohnungen, die lange als unattraktiv galten, werden von Anlegern als sichere Geldanlagen genutzt. Massenhafte Umwandlungen in Eigentumswohnungen und Mietsteigerungen in bisher unbekanntem Ausmaß werden alltäglich. Die sichtbaren Mieterproteste in der schillernden Metropole Berlin sind eine Reaktion auf die zunehmend mangelhafte Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum.

Der Film ist ein Kaleidoskop der Mieterkämpfe in Berlin gegen die Verdrängung aus den nachbarschaftlichen Lebenszusammenhängen. Eine Besetzung des Berliner Rathauses, das Camp am Kottbusser Tor, der organisierte Widerstand gegen Zwangsräumungen und der Kampf von Rentnern um ihre altersgerechten Wohnungen und eine Freizeitanlage symbolisieren den neuen Aufbruch der urbanen Protestbewegung.

D 2014 | 78 min. | OmeU

Ein Film von **Gertrud Schulte Westenberg und Matthias Coers**
 Kontakt: schultecoersdok@gmail.com | 030 / 2556C722
 Informationen und Aufführungstermine:
mietrebellen.de |  Mietrebellen

„Wenn das Geld nach 4 Wochen nicht mehr für die Miete langt, musst du jeden noch so schlecht bezahlten Job annehmen.“

Das „¡Ya basta!“ „Es reicht!“, aus dem Süden Mexicos fand ab 2010 im Norden Afrikas seine praktische Ausdrucksform in den Platzbesetzungen der großen Städte und bewegt sich seit dem, scheinbar unstopbar rund um den Globus. Platzbesetzungen und Versammlungen gab es in Tunis, Kairo, Athen, Rom, New York, Tel Aviv, Istanbul, Rio und Zagreb, um nur einige Orte zu nennen.

In Spanien nahmen sich die Menschen ihre Plätze am 15. Mai 2011 zurück und es entstand die M15-Bewegung. In ihren Versammlungen [asambleas] wurden Arbeitsgruppen [comisiones] gebildet, die sich sofort, praktisch und theoretisch, den drängendsten Aufgaben widmeten. Spanier_innen, die aufgrund der wirtschaftlichen Perspektivlosigkeit auswandern mussten, griffen die Idee der asambleas und comisiones an ihren neuen Lebensorten auf. Neue asambleas entstanden u.a. in London und Berlin. Auch in Berlin wurden gemäß der Anforderungen der neuen Realität comisiones gebildet.

Eine comision kämpft gegen die Probleme und Alltagsbedingungen der Neuberliner_innen im Arbeitsbereich. Sie nennt sich ‚gas‘, „grupo de acción sindical“, auf deutsch „Gruppe gewerkschaftlicher Aktionen“. Mit zwei Aktivisten sprachen wir über:

Gründe nach Berlin zu kommen

S.: Ich komme aus Sevilla und bin vor allem wegen der Arbeit nach Deutschland gekommen. Ich bin Sozialpädagoge und habe einen ‚Master‘ in Sozialwissenschaften. In Spanien gab es keine Möglichkeit für mich zu arbeiten; weder in meinem Bereich noch in anderen, wie der Gastronomie. Sowohl die Sozialwissenschaft an der Uni, wie die Sozialpädagogik sind von öffentlichen Geldern abhängig. Und diese Gelder sind in den vergangenen Jahren stark gekürzt worden. Als ich mein Studium begann sah das noch anders aus. Da gab es noch Jobmöglichkeiten. Aber am Ende meines Studium wusste ich schon, dass es sehr schwer werden würde. Hier in Deutschland ist mein Abschluss noch nicht anerkannt, obwohl ‚master‘ doch ein international-anerkannter Abschluss ist. Außerdem

fehlt mir der Schein für den B-2-Level in Deutsch. Ich kann aber nicht so lange warten. Deshalb suche ich zur Zeit irgendeine Arbeit um über die Runden zu kommen.

M.: Ich kam nicht nur wegen des Jobs nach Berlin. Meine Freundin kommt aus Deutschland. Wir lebten letztes Jahr in London, wo sie ihr Erasmus-Jahr machte und entschieden uns zusammen nach Berlin zu gehen. Zur Zeit bin ich arbeitslos. Ich habe Umweltwissenschaften studiert und hab 5 Jahre in diesem Bereich gearbeitet. Ich dachte es sei hier einfacher einen Job im Umweltbereich zu finden. Aber es ist überhaupt nicht einfach, wenn du die Sprache nicht sprichst.

Entstehung der Gruppe

M.: Viele von uns waren bereits in der M15-Bewegung in Spanien aktiv und hier in Berlin gibt es ziemlich gut organisierte M15-Berlin-Versammlungen. Dort haben wir uns alle kennengelernt. Es gibt die comision „Berlin, wie bitte“. Das ist eine Anlaufstelle für spanische Neuberliner in Sachen Gesundheitssystem, Wohnungssuche, Hartz4 und andere rechtliche Fragen. Und in Laufe der Zeit merkten wir, dass immer mehr Menschen wegen Probleme auf der Arbeit zu uns kamen. Probleme mit dem Arbeitsvertrag, Kündigungen und so. Einige von uns aus dem M15-Umfeld hatten schon gewerkschaftliche oder politische Erfahrungen. So haben wir dann entschieden eine eigene Arbeitsgruppe nur für Themen rund um den Arbeitsplatz aufzubauen.

Aktivitäten vor dem 15. Mai 2011

S.: Für mich war die M15-Bewegung der Beginn meiner politischen Aktivitäten. Ich war zwar vorher bereits politisch interessiert, aber nicht aktiv.

M.: Ich bin bereits seit ca. 15 Jahren politisch aktiv. Ich war Teil der radikalen Linken in Spanien, aktiv in der revolutionären Linken. Ich war auch 14 Jahre gewerkschaftlicher Organizer in der ‚sat‘, einer lokalen andalusischen Gewerkschaft.

Aktivitäten der ‚grupo de acciones sindicales‘

M.: Begonnen haben wir unsere Aktivitäten im Gesundheitsbereich. Hier stellte sich schnell heraus, dass die privaten Gesundheitsfirmen wahre Geldmaschinen sind. Und sie machen große Gewinne! Nicht nur mit ihren Diensten wie Krankenbetreuung oder Intensivpflege, sondern auch mit der Beschäftigung ausländischer Arbeiter_innen.

S.: Wenn uns jemand kontaktiert, machen wir mit der Person einen Termin und lassen uns die Probleme berichten. Eine Zusammenarbeit beginnen wir nur, wenn die Person auch bereit ist im Betrieb, in dem sie arbeitet, aktiv zu werden. M15 bietet individuelle rechtliche Beratung an. Wir als ‚gas‘ arbeiten aber anders.

Wir unterstützen die Personen, die sich auf ihrer Arbeit organisieren wollen. Ein paar Aktivist_innen unterstützen dann diesen Prozess. Sie schreiben z.B. ihre Forderungen auf und bringen das Thema dann in unsere Versammlung ein. Wir möchten keine Gruppe sein, der man sagt, was von ihr erwartet wird. Es handelt sich um ‚ihren‘ Konflikt und die Beschäftigten müssen auch selbst aktiv werden.

Wir möchten eine andere Perspektive geben: Sie müssen selbst kämpfen, sich selbst organisieren. Aber wenn wir uns zwei mal treffen und sie sehen nix, dann verlieren wir die. Wir müssen ihnen etwas geben, dass sie merken, das ist gut für uns, das hilft auch, gerade auch wenn sie weitere Kolleg_innen mobilisieren möchten. Wir schlagen ihnen vor, eine kleine Gruppe zu gründen, vier bis fünf Leute. Denn wenn sie dann dorthin gehen müssen sie auch etwas praktisches vorweisen können, sonst kriegst du die nicht. Sonst kommen sie einmal, aber nicht mehr. Leute mit Erfahrung in unserer Gruppe unterstützen sie dann konkret.

Wir empfehlen immer Sachen im Betrieb gemeinsam mit anderen Kolleg_innen zu machen, das ist besser als es alleine zu versuchen. Es ist gut in einem gewerkschaftlichen Rahmen zu agieren. Aber wichtig sind auch persönliche Kontakte. Wenn wir dann merken, dass sich jemand nicht fit fühlt mit der angespannten Situation, versuchen wir Unterstützung und Lösungen zu finden. Vielleicht verschieben wir dann Auseinandersetzungen oder finden eine andere Person, die weiter machen kann. Wichtig ist den Konflikt weiter aufrecht zu halten, aber trotzdem die persönlichen Bedingungen nicht außer Acht zu lassen. Vielleicht fühlen sich die Leute auch alleine.

Es ist ja nicht nur das Problem Arbeiter_in zu sein, sondern gleichzeitig Ausländer_in. So eine doppelte Belastung ist noch schwerer.

M.: Wie S. bereits erklärt hat, treffen wir uns mit der Person, die Kontakt zu uns aufgenommen hat. Wir versuchen ein Treffen mit weiteren Kolleg_innen aus der Belegschaft zu organisieren und reden über ihre Forderungen. An diesem Punkt empfehlen wir in der Regel den Eintritt in eine Gewerkschaft. Ein Beschluss der M15-Versammlung ist mit Gewerkschaften zusammen zu arbeiten, aber unabhängig und eigenständig ihnen gegenüber zu bleiben. Wir stehen großen Gewerkschaften kritisch gegenüber. Im Fall des Berliner Unternehmens für Kranken- und Intensiv-Pflege ‚GIP‘ haben wir dann ein Treffen mit der Geschäftsleitung, Gewerkschaft und Arbeiter_innen organisiert. Das hat aber keinerlei Zugeständnisse seitens GIP für die Beschäftigten gebracht. Wir haben dann eine Medienkampagne gestartet und hatten eine Menge Treffen mit Zeitungen und Fernsehen. Es gab großes Interesse bei den deutschen Medien. Letztlich sah sich ‚GIP‘ gezwungen seine illegalen Praktiken einzustellen.

Lohn- und Wohnsituation

M.: Ich glaube wir haben das Pech in dem Moment hier angekommen zu sein, in dem die Mieten steigen und steigen. Jeder sagte uns, dass in Berlin die Mieten billig seien. Aber unsere Erfahrungen sind ganz anders. Ich zahle viel. Ich wohne mit meiner Freundin zusammen und wir zahlen ca 700€ für unsere Wohnung. Wir wohnen in einem Arbeiterviertel. Die Gentrifizierung hat hier noch nicht zugeschlagen. Die Gebäude sind saniert und die Nachbar_innen sind normale Malocher_innen. Wir mussten feststellen, dass es sehr schwer ist einen Kiez zu finden, in dem man sich wohl fühlt. Und man muss ne Menge dafür bezahlen.

Wir, als ‚gas‘ sehen einen klaren Zusammenhang zwischen der Ausbeutung auf der Arbeit und der Mietsituation. Wenn man hier ankommt, sieht man sich erstmal mit den ganzen formalen Schwierigkeiten der Wohnungssuche konfrontiert. Das ist nicht einfach, vor allem wenn du kein Deutsch sprichst. Du brauchst nen Monat oder mehr um ne Bude zu finden. Langsam geht dir die Kohle aus und dann nimmst du irgendetwas, um ein Dach über dem Kopf zu haben. Gleichzeitig brauchst du aber nen Job. Und in dieser Situation nimmst du jeden Job. Das ist ein Teufelskreis in dem die Menschen in einer schwierigen Lebenssituation in ihrer Arbeit besonders ausgebeutet werden. Sie sind gezwungen jeden Job anzunehmen, da sie ja das Geld für die Wohnung brauchen. Und wenn du auf Hartz4 angewiesen bist, kriegst du noch mehr Probleme. Dann muss du auch noch zum Jobcenter und weil du die Sprache nicht beherrschst, bist du auf Hilfe

angewiesen. Hast du vorher nicht gearbeitet, kriegst du keine Unterstützung. Der Zusammenhang zwischen den Lebensbedingungen ohne Arbeit und der Ausbeutung in der Arbeit ist doch offensichtlich: je schwieriger die Lebensbedingungen ohne Arbeit gemacht werden, desto mehr müssen die Menschen schlechte Bedingungen auf der Arbeit akzeptieren. So sehen wir in unserer Gruppe auch die anstehenden Änderungen der Zuwanderungsgesetze, die die deutsche Regierung vorbereitet, nach der eingewanderte Menschen nach 6 Monaten ohne Beschäftigung ausgewiesen werden. Nach unserer Analyse werden diese Maßnahmen vor allem Frauen aus Bulgarien oder Rumänien treffen, die hier nicht arbeiten können, aber auf Unterstützung angewiesen sind. Aber es ist auch klar, dass eine Folge dieser Gesetzesänderung sein wird, dass Menschen unter noch schlechteren Arbeitsbedingungen arbeiten werden. Wenn du hier nach vier oder fünf Monaten noch keine Arbeit gefunden hast, wirst du jeden Job, auch für drei oder vier Euros machen, wenn dir ansonsten die Ausweisung droht.

Von daher gibt es einen direkten Zusammenhang zwischen unserem Kampf und den Kämpfen für die Wohn- und Lebensbedingungen, wie ‚Recht auf Stadt‘. In der M15-Bewegung sind wir sehr daran interessiert, uns in der Miet-Kampagne, die Kämpfe für billigere Mieten u.s.w. einzubringen. Unser Problem ist nur, wir haben nicht so viele zusätzliche Kapazitäten und wir warten auf eine Kampagne, die es uns ermöglicht, einzusteigen.

S.: Ich stimme M. voll zu. Meine eigene Erfahrung war genauso. Ich habe auch gehört, dass es hier in Berlin billiger war und auch einfacher. Aber meine Güte, ich war einen Monat in einem Hostel, ich hatte ein bisschen Geld gespart um nach Berlin zu kommen mit dem Ziel als Sozialpädagoge oder Erzieher zu arbeiten. Aber am Anfang musste ich erstmal eine Wohnung finden. Alles war zu teuer. Aber dann hatte ich doch Glück. Ich hatte hier schon Leute getroffen, die in einem Jahr 6 Mal umziehen mussten. Ich hab dann was im Wedding gefunden, die Miete ist, glaube ich, so unterer Durchschnitt. Aber wie gesagt, ich habe lange gebraucht und das ist Zeit, in der du keine Arbeit suchen kannst, aber trotzdem Geld brauchst. Und dann kommst du in die Situation, dass du einfach arbeiten musst, und zwar egal was.

Änderung der Zusammensetzung Berliner Stadtteile

S.: Ich denke, dass bestimmte Stadtviertel einfach bekannter sind. Ich hatte keine Ahnung von Berlin und wenn ich Bekannte fragte, wo soll ich eine Wohnung suchen, sagten mir alle Kreuzberg, Neukölln oder Prenzlauer Berg. Als ich dann in diesen Stadtvierteln Wohnungen suchte, stellte ich fest, dass es für mich da gar nix gab. Also gut, dann vielleicht Wedding. Aber man hört ja, dass das vermutlich der nächste Stadtteil ist, wo sich die Mieten erhöhen werden. Also ich glaube nicht das Spanier_innen



besonders auf Kreuzberg oder Neukölln fixiert sind.
 M.: Ich denke in Berlin existiert eine besondere Situation. Ich hab mir mal die Zahlen von Spanier_innen in Deutschland angeschaut. Für Spanier_innen steht Berlin nicht an oberster Stelle. Spanier_innen gehen eher in Regionen mit Industrie im Süden, wo die Aussichten für einen Job gut sind. Diejenigen, die nach Berlin kommen, tun dies auch gerade weil sie in einer besonderen Stadt, wie Berlin, leben wollen. Und dann wollen sie natürlich auch in die ‚coolen‘ Kieze wie Kreuzberg oder Neukölln. So werden dann auch Spanier_innen zu Agenten der Gentrifizierung, so sehe ich das. Ich zahle z.B. 150€ mehr als mein Vormieter. Come on, ist das legal? Ist das in Ordnung? Klar, so sind die Gesetze. Aber was können wir dagegen machen? Wir müssen diese Mietensteigerungen auf breiter Ebene stoppen. Sonst haben wir keine Chance.

Soziale, Mieter_innen- und refugee-Kämpfe in der Stadt

S.: Als ‚gas‘ haben wir zur Zeit keine ‚offiziellen‘ Beziehungen dazu, aber viele von uns sind ja politisch aktiv hier. Über diese Kämpfe sprechen wir natürlich in M15. Wir wollten sogar eine Gruppe dazu machen. Aber es ist einfach zu viel zu tun. Aber eine Empathie zu diesen Aktivitäten ist persönlich auf jeden Fall da. Es ist klar, dass die Situation für die refugees viel schlimmer ist. Und es gibt eine Beziehung zwischen den Kämpfen der refugees, den Mieter_innen und der Arbeiterklasse und man könnte was zusammen machen. Man sollte Beziehungen herstellen und etwas Systematisches gründen. Wir sind selbstverständlich solidarisch und gehen auch zu den Demos und wir waren bei der refugee-Kundgebung vor dem Roten Rathaus.

M.: Wie S. es ja schon sagte, wir haben nicht genügend Kapazitäten um in alle Bereiche zu intervenieren. Natürlich unterstützen wir auch den Kampf der refugees und gehen zu ihren Demos oder Kundgebungen. Aber manchmal ist es doch eher eine Frage der vorhandenen Zeit und Kräfte als eine Frage des politischen Interesses. Wir müssen also Sachen priorisieren. Meine persönliche Meinung ist, dass auch außerhalb der bereits erwähnten Konflikte spannende Sachen passieren. Nehmen wir als Beispiel den Flughafen Tempelhof: der Senat ging nicht davon aus, dass Referendum zu verlieren. Ich fand es gut auch morgens um 7 Uhr Aktivist_innen vor der U-Bahn zu sehen, die dort ihre Zeitungen verteilten. Auch wenn man nicht allen Argumenten im Einzelnen zustimmen muss, war es doch eine klassische Basis-Kampagne. Und mit dem Erfolg steigt auch das Selbstvertrauen zu

kämpfen. Wir müssen mehr Leute für die sozialen Bewegungen gewinnen. Und es gäbe auch ne Menge normaler Arbeiter_innen, die sich daran beteiligen würden, wenn wir eine gute Vorgehensweise wählen. Ich habe da noch eine Kritik an der deutschen Linken, an der sozialen Bewegung in Deutschland. Die autonome Linke in Spanien ist viel schwächer als die in Deutschland. Aber der autonomen Linken in Spanien ist es gelungen, viel mehr Menschen einzubeziehen, gemeinsame Aktivitäten zu machen und auch Häuser gemeinsam zu nutzen. Ihre Aktivitäten sind viel mehr mit dem realen Leben der normalen Leute verbunden. Zu vielem davon hat die autonome Linke in Deutschland gar keinen Bezug. Sie leben in ihrer eigenen Welt und machen die sie selbst betreffenden Sachen sehr gut. Und wir unterstützen sie auch. Aber irgendwie leben sie auf einer Insel.

ANZEIGE

Die Sektion Hartz-IV-Komplex präsentiert:

Der Anti-Sanktions-Kampffonds für den Widerstand gegen Jobcenter-Sanktionen

Wir erklären, was der Fonds macht, unter welchen Bedingungen man bei einer Sanktion Geld bekommen kann...

Freitag, 24.10., 19 Uhr
 FAU-Lokal
 Lottumstr. 11

..und wie es zur Gründung des Fonds gekommen ist, und freuen uns auf die anschließende Diskussion.

FAU
 FAU Berlin

<http://berlin.fau.org/hartz4komplex>

V.i.S.d.P.: M. Weise, c/o FAU Berlin, Lottumstr. 11, 10119 Berlin

Termine

Regelmässig

- ★ Die Kiezinitiative DonauFulda trifft sich jeden 1. und 3. Montag um 18 Uhr in der Beratungsstelle der Berliner MieterGemeinschaft in der Sonnenallee 101.
 - ★ Dienstag 17 bis 19 Uhr Stadtteilsprechstunde im Info- und Stadtteilladen „Lunte“ in der Weisestr. 53
 - ★ Dienstag ab 20 Uhr Treffen der Stadtteilgruppe 44_ Rund um die Hermannstrasse im Nachbarschaftszentrum in der Mahlowerstr. 27
 - ★ Mittwoch 12 bis 15 Uhr Erwerbslosentreff mit Frühstück im Info- und Stadtteilladen „Lunte“ in der Weisestr. 53
- ## Weitere
- ★ 13. bis 29 Oktober 2014: Stadtpolitische Aktionsphase des „Berliner Ratschlag“ mit verschiedenen Aktivitäten, siehe www.berliner-ratschlag.org
 - ★ 25. Oktober : Soliparty für die Behandlungskosten eines verletzten Genossen im Syndikat, Weisestr. 56 ab 21 Uhr
 - ★ Ab November Diens- tags 20 Uhr Filmreihe zu stadtpolitischen Themen im Info- und Stadtteil- laden „Lunte“ in der Weisestr. 53

Links

Steigende Mieten Stoppen
www.mietenstopp.blogspot.de

**Quartiersmanagement Schillerpromenade
und Task Force Okerstraße**
Umfassende Zusammenstellung von Texten und Artikeln
www.tfa.blogspot.de/materialien/

Verdrängt und abgeschoben (Materialsammlung)
<http://teilhabe-berlin.de/dokumentation/verdr-ngt-abgeschoben-93>

44_ Stadtteilgruppe rund um die Hermannstrasse
vierundvierzig.blogspot.de

Nachrichten aus Nord-Neukölln
nk44.blogspot.de

Kiezinitiative DonauFulda
donaufulda.wordpress.com

Rixdorfer Kiezforum
www.rixdorf.org

Initiative 100% Tempelhofer Feld
www.thf100.de

Info- und Stadtteilladen Lunte
Weisestraße 53, U-Bhf: Boddinstraße
www.dielunte.de

Karla Pappel
Initiative gegen Mietpreiserhöhungen
und Verdrängung in Alt-Treptow
www.karlapappel.wordpress.com

Kotti & Co
Die Mietergemeinschaft am Kottbuser Tor
www.kottiundco.net

Zwangsräumungen verhindern!
zwangsraeumungsverhindern.blogspot.de

Gentrification Blog
Nachrichten zur Stärkung von Stadtteilmobilisierungen
und Mieter/innenkämpfen
www.gentrificationblog.wordpress.com

Berliner Mietergemeinschaft
www.bmgev.de/

Berliner Ratschlag
www.berliner-ratschlag.org

Die Sozialisierung des Wohnungswesens, die Beschlagnahme aller bewohnbaren Räume, Rückführung von zu Bürozwecken verwendeten Wohnräumen zu Wohnzwecken, Beschlagnahme der Schlösser und Villen und deren Verwendung für soziale Wohlfahrtszwecke, sofortige Schaffung eines Notgesetzes, durch welches die Beschlagnahme der gesamten Miete und deren Verwaltung durch die Gemeinden, bzw. Bezirksverbänden unter Kontrolle der Mieterorganisationen gefordert wird, zwangsweise Beschlagnahme des zum Neubau von Wohnungen notwendigen Grund und Boden sowie Kontroll- und Mitbestimmungsrecht der Mieterräte in allen das Wohnungswesen betreffenden Fragen.

Forderungen des reichsweiten Mieter_innenstreiks 1921, an dem sich etwa 300.000 Mietparteien beteiligten.

Nicht gefördert durch:

